

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1975

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1974/75

- 141 Von der konjunkturellen Abschwächung im vergangenen Jahr blieb auch das rheinland-pfälzische Gastgewerbe nicht verschont. Bei einer Stagnation der Fremdenübernachtungen konnten zwar noch Umsatzsteigerungen erzielt werden, die aber erheblich unter den in diesem Wirtschaftsbereich beobachteten Preissteigerungen lagen.

Baulandmarkt 1974

- 145 Das starke Schrumpfen der Bauaufträge im Jahre 1974 blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Baulandmarkt. Sowohl die Zahl der Kauffälle als auch die umgesetzte Baulandfläche und die erzielten Verkaufserlöse entwickelten sich rückläufig.

Verdienste 1974

- 151 In Zeiten des konjunkturellen Abschwungs schneiden Industrieangestellte offensichtlich besser ab als Arbeiter, deren Verdienste sich umgekehrt im Verlauf der Hochkonjunktur meist günstiger entwickeln.

Erwerbstätigkeit 1974

- 155 Der im April 1974 durchgeführte Mikrozensus bringt Ergebnisse über die Erwerbstätigkeit gegliedert nach Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und überwiegendem Lebensunterhalt.

Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen

- 158 Der primäre Zweck der nur in dreijährigem Turnus durchgeführten Einkommensteuerstatistiken ist nicht so sehr die Bereitstellung zeitnahen Zahlenmaterials; die einkommensteuerstatistischen Daten ermöglichen vielmehr einen detaillierten Überblick über die Struktur der veranlagten Einkommensbezieher und ihrer Einkünfte in der Gliederung insbesondere nach Einkunftsgrößenklassen, Einkunftsarten und Wirtschaftszweigen sowie im langfristigen Zeitvergleich.

Anhang

- 49* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
55* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Soeben ist erschienen

Statistischer Bericht 95 / 75

Verzeichnis der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz am 1.1.1975

Umfang 24 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 2,50

In diesem Verzeichnis sind alle in Rheinland-Pfalz gelegenen Krankenhäuser unter Angabe des Namens, der Anschrift und Fernsprechnummer, der Art, des Kostenträgers, des Namens des Chefarztes und der vorhandenen abgegrenzten Fachabteilungen aufgeführt.

Siehe auch 3. Umschlagseite dieses Heftes.

Bestellungen bitte mittels dieser Bestellkarte direkt an das Statistische Landesamt.

Ich bestelle

..... Ex. Stat. Bericht 95 / 75

**Verzeichnis der Krankenhäuser
in Rheinland - Pfalz am 1.1.1975**

zum Preis von DM 2,50

.....
Datum Stempel Unterschrift

**Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz**

Abt. Z / 14

5427 B A D E M S

Mainzer Straße 15 / 16

Erwerbsquote bei 44%

Nach den Ergebnissen der Mikrozensusbefragung im April 1974 ergab sich für Rheinland-Pfalz eine Erwerbsquote von 44%. In der Gruppe der 15 bis 25 Jahre alten Männer war gegenüber dem Vorjahr eine leicht höhere Beteiligung am Erwerbsleben festzustellen, bei den Frauen allerdings eine niedrigere Beteiligung. Bei den Erwerbstätigen stellten, wie in den früheren Jahren, die Arbeiter die größte Gruppe dar, was auf den höheren Anteil der Männer an den Erwerbstätigen zurückzuführen ist. Während bei den männlichen Erwerbstätigen 52% als Arbeiter tätig waren, waren es bei den Frauen nur 31%. Bei ihnen waren mit 43% die Angestellten die größte Gruppe.

Das produzierende Gewerbe vereinte 45% aller Erwerbstätigen auf sich, während die Land- und Forstwirtschaft inzwischen auf 9% abgesunken ist. Der Anteil des Dienstleistungsbereichs blieb gegenüber 1973 konstant (28%). Aber auch hier gibt eine geschlechtsbezogene Aufgliederung der Erwerbstätigen nach den Wirtschaftsbereichen deutlich unterschiedliche Bilder. So sind im produzierenden Gewerbe zwar 54% der männlichen, aber nur 28% der weiblichen Erwerbstätigen beschäftigt. Andererseits sind im Dienstleistungsbereich nur 23% der Männer, aber 37% der Frauen tätig.

Bei den Nichterwerbspersonen, zu denen auch 824 000 Kinder unter 15 Jahren gezählt wurden, waren nur 36% Männer, aber 64% Frauen. Während bei den männlichen Nichterwerbspersonen etwa 34% ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Renten bestritten, betrug dieser Anteil bei den Frauen 24%. Hier spielte die große Zahl der verheirateten Frauen eine Rolle, die wegen ihrer Hausfrauentätigkeit nicht erwerbstätig sein konnten und deshalb bei ihrem Lebensunterhalt überwiegend auf ihre Angehörigen angewiesen waren. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 155

Zwei Drittel aller Veranlagten waren Arbeitnehmer

Durch die Einkommensteuerstatistik 1971 wurden rund 392 300 unbeschränkt Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte in Höhe von 11,3 Mrd. DM und einer Einkommensteuerschuld von 2,11 Mrd. DM ermittelt. Während sich die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen gegenüber 1968 um etwas über ein Drittel erhöhte, errechnen sich für die Einkünfte (+ 79,4%) und die Steuerschuld (+ 97,1%) überproportionale Zuwachsraten. Die Durchschnittseinkünfte je Steuerpflichtigen erhöhten sich innerhalb von drei Jahren von 21 622 auf 28 885 DM. 21,6% des Einkommens mußten durchschnittlich als Einkommensteuer abgeführt werden. Nur 18,6% der Veranlagten blieben unter einem Gesamtbetrag der Einkünfte von jährlich 12 000 DM, dagegen erzielten fast zwei Drittel von ihnen zwischen 16 000 und 75 000 DM. Mit 259 000 waren zwei Drittel aller Einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmer, da bei ihnen die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit die überwiegende Einkunftsart darstellten. Von den knapp 80 000 gewerbetreibenden Einzelunternehmern entfielen 37,2% auf das produzierende Gewerbe (Durchschnittseinkünfte je Veranlagten 44 800 DM), 35% auf den Handel (33 900 DM) und gut ein Viertel auf die übrigen Wirtschaftsbereiche (22 780 DM). he

Mehr über dieses Thema auf Seite 158

145 Mill. DM für die öffentliche Jugendhilfe 1974

Ende 1974 wurden in Rheinland-Pfalz 20 865 Amtspflegschaften festgestellt, eine Maßnahme der Jugendhilfe, die mit der Reform des Nichtehelehenrechts 1970 sprunghaft an Bedeutung gewonnen hat. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich die Zahl der früheren Amtsvormundschaften von 30 232 (1969) auf 6 439. In vorläufiger oder endgültiger Fürsorgeerziehung befanden sich am Ende des Berichtsjahres nur noch 374 Minderjährige (116 weniger als 1973), während die Zahl der Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe - darunter fallen etwa zwei von drei Jugendlichen in öffentlicher Erziehung - auch Ende 1974 (1 084) nur geringfügig vom Vorjahresbestand abwich (+12).

Insgesamt wurden im Jahre 1974 mit rund 145 Mill. DM etwa 32 Mill. DM oder 29% mehr für öffentliche Jugendhilfe ausgegeben als 1973.

Die Zahl der erfaßten Einrichtungen erhöhte sich unter Berücksichtigung von Zu- und Abgängen innerhalb Jahresfrist um 13 auf 4 637. hä

Realer Umsatzrückgang und Stagnation der Übernachtungen im Gastgewerbe

Die konjunkturelle Abschwächung im vergangenen Jahr traf auch das rheinland-pfälzische Gastgewerbe. Während das Umsatzwachstum bereits in den beiden vorausgegangenen Jahren mit + 4,5% nicht sehr hoch gewesen war, konnte 1974 hier sogar nur eine Steigerungsrate von 3,7% erzielt werden. Dabei schnitt das Beherbergungsgewerbe mit einem Umsatzplus von 5,0% besser ab als das Gaststätten-gewerbe, das nur um 2,7% höhere Umsätze als im Vorjahr nachweisen konnte. Eine noch größere Diskrepanz zwischen der Entwicklung im Gaststätten- und im Beherbergungsgewerbe zeigte sich in den ersten vier Monaten des Jahres, in denen die beiden Bereiche 1,8 bzw. 10,6% höhere Umsätze als im gleichen Vorjahreszeitraum erreichten. Berücksichtigt man die auch im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe nicht unerheblichen Preisanstiege, dann ergibt sich sogar eine überwiegend rückläufige Tendenz der Umsatzwerte.

In den 292 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden mit mehr als 5 000 Übernachtungen im Jahr trafen im Laufe des Jahres 1974 insgesamt 3,1 Mill. Fremde ein. Das waren nur 0,6% mehr als im Vorjahr. Die Übernachtungen beliefen sich auf 12,1 Mill. (+ 0,8%). Während in den Heilbädern bei einer Stagnation der Übernachtungszahl sich die Zahl der Gäste noch geringfügig erhöhte (+ 1,9%), war in den Luftkur- und Erholungsorten eine überwiegend negative Entwicklung zu beobachten. So blieben in den Luftkurorten die Zahl der Fremdenanmeldungen um 3,1% und die der Übernachtungen um 0,7% hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Bei den Erholungsorten beliefen sich die entsprechenden Veränderungsdaten auf - 3,0 bzw. - 2,1%. Unter den Fremdenverkehrsgebieten wurde mit Ausnahme von Rheinhessen in allen linksrheinisch gelegenen Gebieten eine positive, in den übrigen Gebieten dagegen eine negative Entwicklung beobachtet. Trotz dieser insgesamt unbefriedigenden Situation nahm die Zahl der von den Beherbergungsbetrieben und in Privatquartieren angebotenen Betten im April 1975 um 4,3% gegenüber dem Vorjahr zu. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 141

Weniger Rinder, mehr Schafe

Nach einer zu Anfang Juni 1975 durchgeführten repräsentativen Zählung der Rinder- und Schafbestände gab es in Rheinland-Pfalz rund 697 000 Rinder. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres hat sich die Zahl geringfügig (— 2,4%) verkleinert. Besonders ausgeprägt waren die Rückgänge bei den unter ein Jahr alten Tieren. Einschränkungen ergaben sich auch wieder bei den Milchkühen. Deren Zahl stellte sich auf 240 000 gegenüber 247 000 vor Jahresfrist und 242 000 im Dezember 1974. Stärkere Anstiege wurden dagegen bei den als Zucht- und Nutztieren vorgesehenen Färsen über zwei Jahren beobachtet. Die Konzentration in der Rinderhaltung setzte sich weiter fort. Mit 41 000 Rinderhaltern, darunter fast 36 000 Betrieben mit Milchkühen, sind 3 000 weniger gezählt worden als im Jahr zuvor. Der Schafbestand umfaßte 108 000 Tiere und erfuhr damit eine Ausweitung gegenüber 1974 um gut 13%. lx

Immer weniger landwirtschaftliche Arbeitskräfte

Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Familienarbeitskräfte hat sich weiterhin reduziert. Ihre Zahl betrug im Oktober 1974 in Rheinland-Pfalz nur noch 187 000 gegenüber 200 000 im gleichen Zeitraum des Jahres 1972. Der Anteil der Vollbeschäftigten (55 000) reduzierte sich dabei von 30 auf 29%. Während 1972 rund 62% aller Betriebe hauptberuflich bewirtschaftet wurden, gaben 1974 nur 56% aller Betriebsinhaber Landwirt oder Winzer als Hauptberuf an. In den landwirtschaftlichen Betrieben lebten etwa 334 000 familienzugehörige Personen, darunter 66 500 Kinder unter 14 Jahren. Von den über 14jährigen Betriebsinhabern und Familienangehörigen gingen fast 27% ganz oder teilweise einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nach, bei den Betriebsinhabern selbst waren es nahezu 40%. lx

Geringerer Lohnanstieg als 1974

Von Januar bis April 1975 erhöhten sich die Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie (einschließlich der im Hoch- und Tiefbau Beschäftigten) um 0,36 DM (+ 3,9%) bzw. 20 DM (+ 5,3%). Die prozentualen Veränderungen waren damit nur noch halb so hoch wie die entsprechenden Werte im ersten Quartal des Vorjahres, was vor allem auf die wesentlich maßvollere Tarifpolitik im Jahre 1975 zurückzuführen sein dürfte. Im Vergleich zum April des Vorjahres lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst mit 9,57 DM um 0,69 DM oder 7,2% höher. Jeweils 12% hatte die jährliche Steigerungsrate im Januar 1975 und im Oktober 1974 betragen.

Die von Januar bis April festgestellte Veränderung der Stundenverdienste betrug sowohl bei Männern als auch bei Frauen im Schnitt 3,5%, wobei die Arbeiter mit 10,11 DM wieder knapp 3 DM mehr verdienten als die Frauen. Für diese ergab sich in Leistungsgruppe 3 (Ungelernte) eine prozentuale Verbesserung der Stundenverdienste von 4,5%, während Facharbeiterinnen (Leistungsgruppe 1) nur auf einen Mehrverdienst von 1,6% kamen. Die umgekehrte Reihenfolge war bei den Arbeitern festzustellen, die 3,8% in Leistungsgruppe 1 (10,68 DM) und 2,0% mehr in Leistungsgruppe 3 (8,29 DM) erhielten.

Die Wochenverdienste der Männer (+ 5,5%) haben sich infolge der um 0,7 Stunden gestiegenen Wochenarbeitszeit

wieder etwas stärker erhöht als ihre Stundenverdienste (+ 3,5%), nachdem sich von Oktober 1974 zu Januar 1975 eine Verringerung der wöchentlichen Bezüge um 12 DM ergeben hatte. Bei den Arbeiterinnen lag die Wochenarbeitszeit (38,7 Stunden) nur geringfügig unter dem entsprechenden Wert von Januar 1975 (38,9 Stunden).

Die Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) sind von Januar bis April 1975 um 91 DM oder 4,5% (April 1974: + 6,6%) auf 2 104 gestiegen. Vom Oktober 1974 bis Januar 1975 hatte die Veränderung + 1,8% betragen. hä

Arbeitnehmerverdienste 1974

In der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhten sich die Bruttostundenverdienste der Arbeiter von Oktober 1973 zu Oktober 1974 um 12% auf 9,10 DM, wobei die Veränderung noch geringfügig über dem vorjährigen Steigerungssatz lag.

Im Handwerk erzielten die Arbeiter prozentuale Verbesserungen ihrer Stundenverdienste von + 8,2% (1973: + 9,2%). Die Löhne qualifizierter Arbeiter in der Landwirtschaft waren im Schnitt um etwa 3,00 DM niedriger als die Verdienste der Facharbeiter in der Industrie.

Am günstigsten entwickelten sich die Verdienste der im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe beschäftigten Angestellten, deren Bezüge sich immerhin noch um 13,4% gegenüber 1973 verbesserten. In der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau reduzierte sich der entsprechende Steigerungssatz um 5 Prozentpunkte auf + 11%. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 151

Industrieproduktion im Mai 1975 saisonal leicht gestiegen, aber noch spürbar unter Vorjahresstand

Im Mai 1975 stieg - gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex - die rheinland-pfälzische Industrieproduktion um 2,0% gegenüber dem Vormonat, während im Vergleich zu Mai 1974 ein Rückgang um 6,4% zu verzeichnen war. Für Januar bis Mai 1975 wurde zur entsprechenden Vorjahresperiode eine Einbuße von 8,5% ermittelt.

Nach Industriebauptgruppen differenziert, bewegte sich die Produktionsentwicklung im Mai gegenüber April 1975 zwischen + 15,1 und — 6,8% bei den Investitions- sowie den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien; im Vergleich zum Vorjahresmonat betrugen die Veränderungen + 12,4% bzw. — 17,8%.

Von Januar bis Mai 1975 konnten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lediglich die Investitionsgüterindustrien infolge der äußerst günstigen Situation im Straßenfahrzeugbau (+ 42,4%) eine Steigerung der Produktion um 1,4% erzielen. Die Entwicklung bei den Grundstoff- und Produktionsgüter-, den Verbrauchsgüter- sowie den Nahrungs- und Genußmittelindustrien war mit — 14,8 sowie — 6,1 und — 4,7% spürbar rezessiv. Unter den wichtigen Industriezweigen ließen die Chemie (— 18,4%) sowie die Industrie der Steine und Erden (— 12,0%) die höchsten Einbußen erkennen, während der Maschinenbau (— 4,6%) und die Schuhherstellung (— 2,7%) noch vergleichsweise günstig abschnitten. pe

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1974/75

Realer Umsatzrückgang im Gastgewerbe

Von der konjunkturellen Abschwächung im vergangenen Jahr blieb auch das rheinland-pfälzische Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe nicht verschont. Während das Umsatzwachstum bereits in den beiden vorausgegangenen Jahren mit jeweils 4,5% nicht sehr hoch gewesen war, gab es 1974 hier sogar nur eine Steigerungsrate von + 3,7%, die bisher lediglich in den Jahren 1967 und 1968 unterschritten wurde. Damit ist in diesem Wirtschaftsbereich seit dem Boomjahr 1970, in welchem die Gastgewerbeumsätze um 11,7% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden konnten, ein ständiger Rückgang der Zuwachsraten zu beobachten.

Während die Entwicklung im Gaststättengewerbe überwiegend von der inländischen Konjunkturlage abhängig ist, spielen im Beherbergungsgewerbe darüber hinaus noch weitere Einflußfaktoren, wie das Reisewetter, das Umtauschverhältnis für Devisen sowie allgemein die Auslandskonjunktur eine Rolle. Dies spiegelt sich auch in den Umsatzzahlen der letzten fünf Jahre deutlich wider. Während sich 1970, dem Jahr mit der günstigen Binnenkonjunktur, die Gaststättenumsätze mit + 13,9% wesentlich stärker erhöhten als die Umsätze im Beherbergungsgewerbe (+ 8,1%), war 1974 das Verhältnis gerade umgekehrt. Bei einem Wachstum im Gaststättengewerbe von nur 2,7% konnte das Beherbergungsgewerbe noch um 5,0% höhere Umsätze als im Vorjahr vorweisen. Im Bundesgebiet gestaltete sich die Entwicklung etwas günstiger. Bei einer Gesamtveränderung im Gastgewerbe um + 4,0% verbesserte das Gaststättengewerbe hier nämlich seine Umsätze um 3,4% und das Beherbergungsgewerbe um 5,2%. Eine noch größere Diskrepanz zwischen der Entwicklung im Gaststättengewerbe und im Beherbergungsgewerbe zeigte sich in Rheinland-Pfalz in den ersten vier Monaten dieses Jahres. In diesem Zeitraum konnte das Beherbergungsgewerbe seine Umsätze gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 10,6% verbessern, während das Gaststättengewerbe mit + 1,8% eine noch geringere Wachstumsrate als im vergangenen Jahr erzielte.

Am günstigsten entwickelten sich 1974 im Bereich des Gaststättengewerbes die Bahnhofswirtschaften (+ 17,3%) und die Kantinen (+ 13,4%), die zahlenmäßig jedoch unbedeutend sind. Dagegen konnten die Gast- und Speisewirtschaften (ohne Bahn-

wirtschaften), die 1968 zum Stichtag der Handels- und Gaststättenzählung 85% der im Gaststättengewerbe tätigen Betriebe ausmachten, ihren Umsatz nur geringfügig um 1,1% erhöhen. Im Beherbergungsgewerbe verzeichneten lediglich die Fremdenheime und Pensionen mit + 12,2% eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Zuwachsrate. Dagegen erreichten die zahlenmäßig wesentlich stärker vertretenen Hotels und Gasthöfe Steigerungsraten von nur 5,2 und 4,1%.

Berücksichtigt man die auch im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe nicht unerheblichen Preisanstiege, dann ergibt sich sogar eine überwiegend rückläufige Tendenz der Umsatzwerte. So erhöhten sich die Übernachtungspreise im August 1974 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 7%. In guten Hotels mußte für eine Übernachtung mit Frühstück sogar um 9% mehr bezahlt werden. Die gängigen Gerichte (Wiener Schnitzel, Schweinekotelett, Rumpsteak, Rindergulasch, Spiegeleier) verteuerten sich gleichzeitig um 7 bis 8%, Fischgerichte sogar bis 13%.

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen besteht im Gastgewerbe trotz der Rezession weiterhin Personalknappheit. Aus diesem Grunde hat sich die Zahl der im Gastgewerbebereich tätigen Personen in den letzten fünf Jahren insgesamt nur unwesentlich verändert. Sie lag 1974 um 0,3% unter dem Stand des Vorjahres und um 0,5% unter dem des Jahres 1970. Lediglich die Teilzeitbeschäftigten unterlagen größeren Schwankungen, die sich zwischen + 12,6 im Jahre 1970 und - 0,9% im Jahre 1973 bewegten. Im vergangenen Jahr wurden trotz der schlechten Wirtschaftslage noch um 1,7% mehr Teilzeitkräfte als im Vorjahr beschäftigt. Diese Tatsache ist jedoch ausschließlich auf die Entwicklung im Beherbergungsbereich zurückzuführen, wo sich die konjunkturelle Abschwächung nicht so deutlich wie im Gaststättenbereich zeigte. Hier wurden insgesamt 4,4% mehr Personen gezählt, die weniger als die übliche volle Arbeitszeit arbeiteten. In den Gasthöfen lag die Zuwachsrate bei + 5,2%, in den Fremdenheimen und Pensionen sogar bei + 16,4%.

Bettenkapazität um 4% erhöht

In den 292 rheinland-pfälzischen Gemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen im Jahr 1970,

die regelmäßig zur Fremdenverkehrsstatistik berichten, wurden am 1. April 1975 insgesamt 3 362 Beherbergungsbetriebe mit 86 016 Fremdenbetten gezählt. Dazu kommen noch 22 990 Betten in Privatquartieren, so daß für den Fremdenverkehr zu diesem Zeitpunkt 109 006 Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung standen. Damit erhöhte sich die Bettenkapazität gegenüber 1974 um 4,3%. Diese Wachstumsrate lag damit noch über derjenigen des Vorjahres (+ 3,2%). Die Zahl der Beherbergungsbetriebe ohne Privatquartiere vergrößerte sich gleichzeitig nur um 4 oder 0,1%, deren Bettenzahl dagegen um 2 310 oder 2,8%. Durch Einbeziehung der 270 von der Landesregierung anerkannten Fremdenverkehrsgemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen im Jahr erhöht sich die Zahl der Betriebe um 26,1% auf 4 238, die Zahl der Betten in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren um 17,3% auf 127 883.

Abgesehen von den übrigen Berichtsgemeinden, die zahlenmäßig zwar erheblich sind, aber in erster Linie nur kleinere Gemeinden umfassen, trugen die Heilbäder mit 21,0% am meisten zum gesamten Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten bei. Es folgen die Erholungsorte (14,8%) und die Luftkurorte (8,4%). Nahezu dieselbe Bettenzahl wie die 32 Luftkurorte, nämlich 18 877, wiesen die 270 zusätzlich erfaßten Gemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen im Jahr auf. Die fünf Großstädte leiste-

ten zusammen mit 7,7% den geringsten Beitrag zum Bettenangebot. Geht man dagegen vom Bettenbestand pro 100 Einwohner aus, der die Größe der Gemeinden berücksichtigt, so stehen an erster Stelle zwar wieder die Heilbäder (14,5 Betten), was vor allem auf die in der Regel mit einer hohen Bettenzahl ausgerüsteten Sanatorien und Kuranstalten zurückzuführen ist. Dicht darauf folgen aber bereits die Luftkurorte (12,4 Betten) und die Erholungsorte (11,0), wobei die prädikatisierten Erholungsorte mit 11,7 Betten pro 100 Einwohner ein größeres Bettenangebot haben als die nicht prädikatisierten (10,3). Mit großem Abstand folgen dann erst die sogenannten Zusatzgemeinden (4,6 Betten), die übrigen Berichtsgemeinden mit mehr als 5 000 Übernachtungen im Jahr (4,3) und als letzte die Großstädte (1,4), wo der Fremdenverkehr im Vergleich zur Einwohnerzahl zwangsläufig gering ist.

Eine Untersuchung des Bettenbestandes in den 292 langfristig vergleichbaren Berichtsgemeinden nach Fremdenverkehrsgebieten ergab, daß an Mosel und Saar mit 25,7% weitaus die meisten Betten angeboten werden. Mit Abstand sind erst das Rheintal (17,8%) sowie Eifel und Ahr (17,6%) zu nennen, während die Gebiete Hunsrück/Nahe/Glan (9,1%) und Rheinhessen (4,3%) den Schluß bilden. Pro 100 Einwohner ergibt sich jedoch eine etwas andere Reihenfolge. Während Mosel und Saar mit 13,2 Betten weiterhin an der Spitze stehen, folgen jetzt

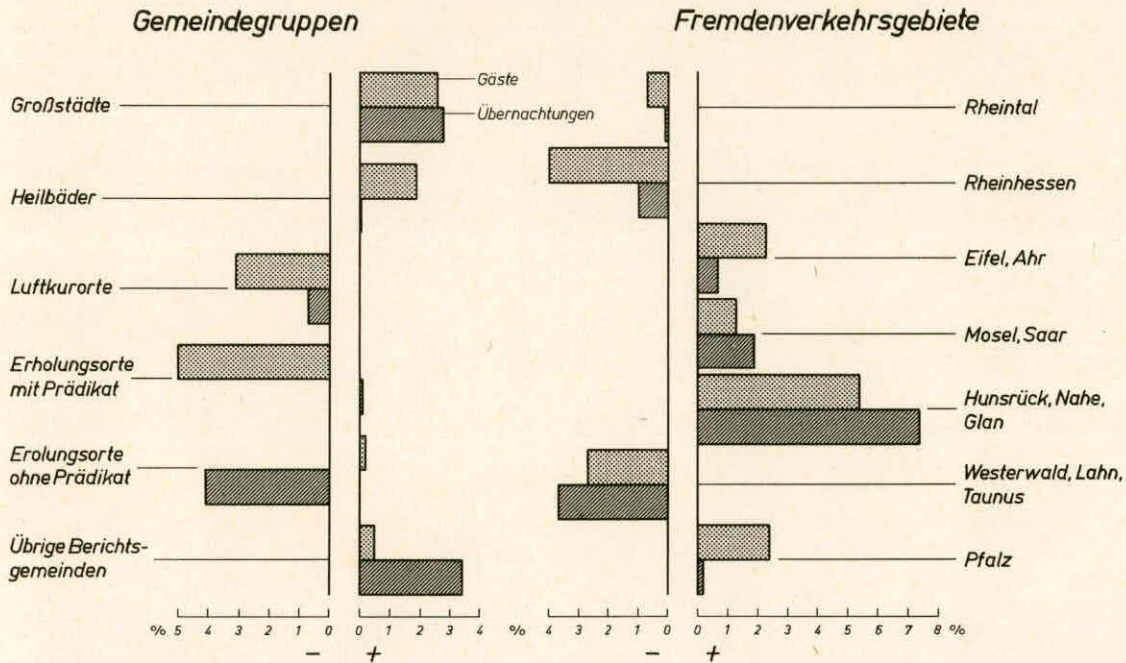
Beherbergungsbetriebe und deren Bettenkapazität in 291 Berichtsgemeinden am 1.4.1975

Betriebsart Gemeindegruppe Fremdenverkehrsgebiet	Berichts- gemeinden	Beherbergungsbetriebe 1)					Fremdenbetten 2)			
		ins- gesamt	mit ... Betten							
			1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr				
Anzahl		%					Anzahl	auf 100 Einwohner		
<u>Betriebsart</u>										
Hotels	.	1 152	4,5	26,2	51,1	18,2	39 931	.		
Hotels garnis	.	271	14,4	40,2	38,4	7,0	6 316	.		
Gasthäuser	.	1 217	38,3	45,4	15,4	0,9	16 351	.		
Pensionen und Fremdenheime	.	490	18,6	62,0	18,2	1,2	7 348	.		
Erholungs- und Ferienheime	.	78	1,3	9,0	42,3	47,4	3 973	.		
Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten	.	80	-	10,0	21,3	68,7	8 055	.		
Ferienhäuser u. ä.	.	74	54,0	17,6	12,2	16,2	4 042	.		
Privatquartiere	22 990	.		
<u>Gemeindegruppe</u>										
Großstädte	5	274	16,0	30,7	35,8	17,5	9 844	1,4		
Heilbäder	20	697	15,8	36,4	31,7	16,1	26 908	14,5		
Luftkurorte	32	372	21,0	45,2	26,3	7,5	10 778	12,4		
Erholungsorte	108	640	26,2	40,2	26,1	7,5	18 898	11,0		
mit Prädikat	42	296	30,7	35,8	24,7	8,8	9 591	11,7		
ohne Prädikat	66	344	22,4	43,9	27,3	6,4	9 307	10,3		
Übrige Berichtsgemeinden	126	1 379	21,0	38,6	32,2	8,2	42 578	4,3		
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>										
Rheintal	28	613	18,3	35,9	31,8	14,0	19 423	5,5		
Rheinhessen	8	141	22,7	33,3	28,4	15,6	4 672	1,4		
Eifel / Ahr	57	607	24,0	39,7	26,7	9,6	19 171	12,7		
Mosel / Saar	55	741	16,2	40,5	35,2	8,1	28 057	13,2		
Hunsrück / Nahe / Glan	27	311	26,4	35,7	28,9	9,0	9 883	6,8		
Westerwald / Lahn / Taunus	60	463	18,1	43,9	28,7	9,3	12 522	8,2		
Pfalz	56	486	23,3	35,8	30,2	10,7	15 278	2,0		
Insgesamt	291	3 362	20,5	38,5	30,6	10,4	109 006	5,2		
Außerdem Zusatzgemeinden 3)	270	876	35,0	42,9	20,3	1,8	18 877	4,6		

1) Ohne Privatquartiere. - 2) Einschl. in Privatquartieren. - 3) Von der Landesregierung anerkannte Fremdenverkehrsgemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen 1970.

Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Gemeindegruppen und Fremdenverkehrsgebieten 1974

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



93/75

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

bereits Eifel und Ahr (12,7) und mit Abstand der Westerwald mit Lahn und Taunus (8,2). Betrachtet man die Veränderung des Bettenbestandes gegenüber dem Vorjahr, so zeigt sich auch hier eine sehr differenzierte Entwicklung. Während das ohnehin schon mit der höchsten Bettenzahl ausgerüstete Gebiet an Mosel und Saar mit + 11,1% auch die weitaus größte Zuwachsrate verzeichnete, folgt hier an zweiter Stelle der Hunsrück mit Nahe und Glan (+ 8,7%) und erst an dritter Stelle mit 5,8% mehr Betten als im Vorjahr das Eifel-Ahr-Gebiet. Als einziges Fremdenverkehrsgebiet wies das Rheintal weniger Betten als im vorausgegangenen Jahr auf (- 2,4%).

genden Durchgangs- und Geschäftsverkehr in den Zeiten der Hochkonjunktur der Anteil der kurzfristigen Übernachtungen zunimmt. Die verfügbare Bettenkapazität war im letzten Jahr durchschnittlich nur zu 31,6% ausgenutzt gegenüber 32,4% im Jahre 1973, was darauf zurückzuführen ist, daß sich der Bettenbestand 1974 trotz nahezu stagnierender Übernachtungsziffer gegenüber dem Vorjahr um 3,2% erhöhte. Da es in den rheinland-pfälzischen Urlaubsgebieten mit geringen Ausnahmen so gut wie keine Wintersaison gibt, lag die Ausnutzung des Bettenangebots in den Monaten des Sommerhalbjahres (April bis September) mit 43,3% jedoch wesentlich höher.

Stagnierende Übernachtungszahl

Die Zahl der Gäste, die im Laufe des Jahres 1974 in den 292 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden (mit mehr als 5 000 Übernachtungen im Jahr 1970) übernachteten, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,6% auf 3,1 Mill. Die Übernachtungen beliefen sich gleichzeitig auf 12,1 Mill. (+ 0,8%). Die sich daraus ergebende mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste von 3,9 Tagen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht erhöht. Nur langfristig ergibt sich eine interessante Parallelität zwischen Aufenthaltsdauer und Konjunkturzyklus, und zwar derart, daß sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden in der Prosperitätsphase allmählich verringert, um in der Phase der konjunkturellen Abschwächung wieder anzusteigen. Dies ist dadurch zu erklären, daß durch den stei-

In allen 554 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden wurden 1974 insgesamt 3,4 Mill. Gäste mit 13,3 Mill. Übernachtungen registriert. Dabei entfielen auf die 262 Gemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen nur 9% der Gäste und Übernachtungen. Von den 3,4 Mill. Fremden übernachteten in den 20 rheinland-pfälzischen Heilbädern zwar nur 522 000 oder 15,3%, die wegen der durch die Kur bedingten hohen Aufenthaltsdauer jedoch eine Übernachtungszahl von 4,3 Mill. hatten. Das ist fast ein Drittel (32,7%) der in den 554 Gemeinden registrierten Übernachtungen. Gegenüber dem Vorjahr war hier jedoch bei einem geringen Gäste- und Übernachtungszuwachs von 1,9% insgesamt eine Stagnation der Übernachtungen zu erkennen. Trotz dieser Situation konnten die drei gemessen an der Übernachtungszahl derzeit größten Heilbäder des Landes Bad Neuenahr-Ahrweiler, Bad Kreuznach und Bad

Gäste und Übernachtungen nach Gemeindegruppen und Fremdenverkehrsgebieten 1974
(Ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Gemeindegruppe Fremdenverkehrsgebiet	Übernachtende Gäste			Übernachtungen			Mittlere Aufenthaltsdauer		Aus- nutzung der Betten- kapazität
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	Aus- länder	ins- gesamt	Verän- derung zu 1973	Aus- länder	ins- gesamt	Aus- länder	
	1 000	%		1 000	%		Tage	%	
Alle 554 Berichtsgemeinden									
Gemeindegruppe									
Großstädte	690	2,6	31,9	1 256	2,8	27,2	1,9	1,6	35,4
Heilbäder	522	1,9	8,4	4 344	0,0	2,8	8,3	2,8	45,3
Luftkurorte	203	- 3,1	7,2	1 175	- 0,7	6,1	5,7	4,9	32,6
Erholungsorte	331	- 3,0	10,6	2 027	- 2,1	12,0	6,0	6,8	28,9
mit Prädikat ¹⁾	194	- 5,0	10,6	1 010	0,1	14,4	5,2	7,1	29,2
ohne Prädikat ²⁾	137	0,2	10,7	1 017	- 4,1	9,6	7,1	6,4	28,5
Übrige Berichtsgemeinden	1 343	0,5	16,6	3 262	3,4	17,3	2,4	2,5	22,6
Zusatzgemeinden	321	8,0	9,1	1 237	6,1	9,6	3,9	4,1	19,1
Fremdenverkehrsgebiet									
Rheintal	662	- 0,8	20,8	1 975	- 0,1	13,1	3,0	1,9	26,3
Rheinhausen	306	- 4,1	29,5	656	- 1,2	24,8	2,1	1,8	36,0
Eifel / Ahr	513	4,5	13,3	2 699	2,8	10,4	5,3	4,1	32,7
Mosel / Saar	814	1,2	16,7	2 516	1,6	15,7	3,1	2,9	24,7
Hunsrück / Nahe / Glan	245	5,8	10,5	1 692	6,5	5,9	6,9	3,9	36,2
Westerwald / Lahn / Taunus	280	0,0	6,0	1 838	- 2,4	3,2	6,6	3,5	32,5
Pfalz	590	2,6	15,6	1 913	0,2	10,9	3,2	2,3	29,6
Insgesamt	3 410	1,2	16,6	13 287	1,2	11,0	3,9	2,6	29,8
292 Berichtsgemeinden mit mehr als 5 000 Übernachtungen 1970									
Rheintal	647	- 0,7	20,9	1 944	- 0,1	13,1	3,0	1,9	26,8
Rheinhausen	299	- 4,0	30,0	633	- 1,0	25,2	2,1	1,8	37,2
Eifel / Ahr	437	2,3	13,9	2 375	0,7	10,3	5,4	4,0	35,9
Mosel / Saar	768	1,3	16,9	2 395	1,9	15,8	3,1	2,9	26,0
Hunsrück / Nahe / Glan	183	5,4	11,2	1 430	7,4	5,4	7,8	3,8	43,1
Westerwald / Lahn / Taunus	229	- 2,7	5,5	1 589	- 3,7	2,6	6,9	3,3	34,9
Pfalz	526	2,4	16,7	1 684	0,2	11,3	3,2	2,2	30,9
Insgesamt	3 089	0,6	17,4	12 051	0,8	11,2	3,9	2,5	31,6

1) Von der Landesregierung anerkannte Erholungsorte. - 2) Gemeinden mit einer mittleren Aufenthaltsdauer der Gäste von 5 und mehr Tagen im Sommerhalbjahr 1970.

Münster am Stein-Ebernburg, die zusammen 41,5% der in den Heilbädern festgestellten Übernachtungen aufwiesen, 1974 günstige Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr verbuchen. Am besten schnitt dabei Bad Münster am Stein-Ebernburg mit einem Plus von 54 000 Übernachtungen (+ 15,1%) ab. Zu diesem Zuwachs trug ein Anstieg der Zahl der neuangemeldeten Gäste um fast 5 000 oder 21,7% bei. Aber auch in Bad Neuenahr-Ahrweiler und in Bad Kreuznach wurden steigende Gästezahlen (+ 8,9 bzw. + 5,2%) von einer Zunahme der Übernachtungen um 2,6 bzw. 3,3% begleitet.

Eine überwiegend negative Entwicklung war dagegen in den 31 Luftkurorten und den 110 Erholungsorten des Landes zu beobachten. So blieben in den Luftkurorten die Fremdenanmeldungen um 3,1% hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Nicht so stark (- 0,7%) verringerten sich dagegen die Übernachtungen. Der Rückgang bei den Erholungsorten um 3,0 bzw. 2,1% setzte sich aus sehr unterschiedlichen Entwicklungen zusammen. So verminderte sich in den nicht prädikatisierten Erholungsorten trotz Stagnation der Zahl der Besucher die Übernachtungsziffer um 4,1%. Dadurch verkürzte sich hier auch die durchschnittliche Aufenthaltszeit von 7,4 auf 7,1 Tage. Bei den Erholungsorten mit einem von der Landesregierung verliehenen Prädikat nahm dagegen die Gästezahl bei einer Stagnation

der Übernachtungszahl um 5,0% ab, wodurch sich eine geringfügige Verlängerung der Aufenthaltsdauer auf 5,2 Tage ergibt. Positive Veränderungsraten für Gäste und Übernachtungen verzeichneten die Großstädte (+ 2,6 bzw. + 2,8%) und die übrigen Berichtsgemeinden ohne die 262 Zusatzgemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen, deren Ergebnisse wegen des unterschiedlichen Berichtskreises in den beiden Jahren nicht vergleichbar sind (+ 0,5 bzw. + 3,4%).

Aus den Fremdenverkehrsgebieten ragte, was den Anstieg der Fremdenanmeldungen und -übernachtungen betrifft, im vergangenen Jahr das Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan mit + 5,4 bzw. + 7,4% heraus. Zu diesem günstigen Ergebnis trugen ausschließlich die Besucher aus Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern bei (+ 6,1 bzw. + 9,0%), während die Ausländerübernachtungen hier bei einem nur geringfügigen Gästezuwachs von 0,5% sogar um 14,8% zurückgingen. Wachstumsraten bei den Fremdenanmeldungen und -übernachtungen wiesen außerdem die Gebiete Eifel/Ahr (+ 2,3 bzw. + 0,7%), Mosel/Saar (+ 1,3 bzw. + 1,9%) sowie die Pfalz (+ 2,4 bzw. + 0,2%) auf. Dagegen wurden im Rheintal (- 0,7 bzw. - 0,1%), in Rheinhausen (- 4,0 bzw. - 1,0) und im Westerwald-Lahn-Taunus-Gebiet (- 2,7 bzw. - 3,7%) bei beiden Fremdenverkehrszahlen mehr oder weniger

Ausländerübernachtungen in Gemeinden mit mehr als 5 000 Übernachtungen von Gästen einer fremden Nationalität 1974
(Ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Berichtsgemeinde	Insgesamt	Nieder- lande	USA	Groß- britannien	Belgien	Frankreich	Schweiz
Rheintal							
Koblenz	84 392	11 724	17 326	19 869	.	9 998	.
Boppard	35 127	12 767	7 641
Lahnstein	23 287	.	.	8 305	7 176	.	.
Kamp-Bornhofen	17 515	15 452
Sankt Goar	15 402	5 253	.	5 746	.	.	.
Andernach	9 480	.	.	6 935	.	.	.
Rheinhessen							
Mainz	135 429	5 160	52 138	6 702	.	13 047	13 869
Worms	12 438	.	6 444
Eifel/Ahr							
Gerolstein	36 679	34 782
Bollendorf	25 883	12 400	.	.	8 297	.	.
Altenahr	23 696	14 877	.	.	7 233	.	.
Bad Neuenahr-Ahrweiler	20 084	8 316
Daun	17 250	11 769
Prüm	15 815	6 262	8 320
Neuerburg	12 998	.	.	.	10 997	.	.
Mayen	11 752	8 852
Bitburg	7 872	.	5 028
Mosel/Saar							
Cochem	97 883	60 049	.	.	19 160	.	.
Kröv	59 390	52 728
Trier	48 229	8 884	9 371	.	.	8 954	.
Bernkastel-Kues	29 298	16 247
Leiwien	24 606	23 109
Löf	10 676	8 112
Nittel	5 687	5 267
Hunsrück/Nahe/Glan							
Kell	22 288	16 725
Idar-Oberstein	14 464	6 014
Westerwald/Lahn/Taunus							
Helferskirchen	8 972	8 802
Obernhof	5 220	5 031
Pfalz							
Ludwigshafen am Rhein	58 178	.	12 469	.	.	6 130	.
Kaiserslautern	24 130	.	6 232
Zweibrücken	10 288	.	6 700
Ramstein-Miesenbach	10 141	.	6 142
Landstuhl	7 408	.	5 974

starke Rückgänge beobachtet. Während im Westerwald-Lahn-Taunus-Gebiet, das die niedrigste Ausländerquote besitzt, vorwiegend die Inländer zu dem unbefriedigenden Ergebnis beitrugen, bewirkte im Rheintal und in Rheinhessen, wo die höchsten Ausländeranteile vorliegen, vor allem das Ausbleiben von ausländischen Gästen den Rückgang des

Fremdenverkehrs. Im Rheintal mußte sogar eine Abnahme der ausländischen Gäste und deren Übernachtungen um 16,4 bzw. 17,1% hingenommen werden, obwohl Anmeldungen und Übernachtungen von Inländern um 3,9 bzw. 4,2% zugenommen hatten.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Baulandmarkt 1974

Die statistische Erfassung des Grundbesitzwechsels erfolgte erstmals für die Jahre 1927 bis 1938 durch das Statistische Reichsamt. Die Voraussetzung für eine laufende Beobachtung des Grundstücksmarktes entfiel jedoch durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen im Jahre 1936. Dieser sogenannte Preisstopp wurde 1952 zunächst nur für bebaute Grundstücke aufgehoben, doch genehmigten die Preisbehörden in der Folgezeit auch für unbebaute Grundstücke vielfach

Kaufpreise, die von den gestoppten Preisen des Jahres 1936 erheblich abwichen. Mit dem Bundesbaugesetz von 1960 kam es zur Aufhebung der Preisfestsetzung für den Grundstücksverkehr und damit zur vollen Integration des Grundstücksmarktes in das System der Marktwirtschaft. Da die gesetzlichen Voraussetzungen für die statistische Erfassung bereits im Gesetz über die Preisstatistik von 1958 (BGBl. I S. 605) gegeben waren, stand der Aufnahme der Baulandpreisstatistik, neuer-

Baulandverkäufe und durchschnittliche Kaufwerte
nach Baulandarten 1962 - 1974

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr in %	Bau- reifes Land	Roh- bau- land	Indu- strie- land	Land für Ver- kehrs- zwecke	Frei- flächen
Kauffälle							
1962	12 787	-	7 474	4 297	395	509	112
1963	11 548	- 9,7	5 950	4 265	398	847	88
1964	12 702	10,0	6 927	4 628	400	635	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1966	11 555	- 7,4	8 208	2 452	328	438	129
1967	9 600	- 16,9	7 207	1 479	230	559	125
1968	10 846	13,0	7 532	1 800	308	1 018	188
1969	11 886	9,6	8 094	2 152	677	781	182
1970	12 409	4,4	8 446	2 278	670	805	210
1971	14 183	14,3	9 353	3 201	459	945	225
1972	15 515	9,4	10 175	3 605	449	935	351
1973	13 436	- 13,4	9 103	2 757	399	982	195
1974	12 371	- 7,9	7 901	2 271	335	1 233	631
Fläche (1 000 qm)							
1962	15 706	-	6 273	6 475	2 201	597	160
1963	13 298	- 15,3	5 114	5 955	1 103	942	184
1964	14 672	10,3	5 583	6 209	1 744	946	190
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1966	13 954	- 9,5	7 217	4 591	1 407	474	265
1967	10 215	- 26,8	5 772	2 700	849	708	186
1968	11 507	12,6	6 244	2 816	1 045	1 079	323
1969	14 250	23,8	6 908	3 429	2 670	911	332
1970	14 632	2,7	7 181	3 946	2 298	732	475
1971	17 795	21,6	8 583	5 166	2 360	1 199	487
1972	19 156	7,6	9 698	5 521	2 956	517	464
1973	15 403	- 19,6	7 892	4 688	1 700	752	371
1974	13 444	- 12,7	6 493	3 216	1 170	1 333	1 232
Preis je qm (DM)							
1962	8,43	-	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1963	9,69	14,9	12,15	8,65	7,92	6,34	3,61
1964	10,92	12,7	14,01	10,58	6,30	4,55	5,41
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1966	13,45	7,8	16,01	12,19	7,76	7,91	5,58
1967	14,06	4,5	17,87	9,64	11,03	5,95	4,66
1968	16,52	17,5	21,44	11,58	12,00	7,47	9,46
1969	16,60	0,5	23,99	11,29	8,89	6,70	6,58
1970	17,86	7,6	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21
1971	20,12	12,7	24,45	20,85	10,11	9,30	11,30
1972	23,29	15,8	27,64	24,61	9,61	12,72	15,69
1973	25,33	8,8	28,59	24,89	19,19	10,64	19,41
1974	24,71	- 2,4	28,43	30,92	20,44	11,10	7,65

dings präziser Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland genannt, nichts mehr im Wege. In dieser Statistik werden nur unbebaute Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Kaufwert mehr als 200 DM beträgt. Es ist nicht möglich, auch die bebauten Grundstücke mit einzubeziehen, da die Kaufverträge im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude oder Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten. Berichtspflichtig zur Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland sind nach § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 die Finanzämter, die aufgrund der ihnen von Notaren und Behörden zugeleiteten Veräußerungsanzeigen für jeden Kauffall einen Erhebungsbogen auszufüllen haben.

Zur Vermeidung von Fehlinterpretationen wird, wie schon angedeutet, die „Statistik der Baulandpreise“ ab 1975 bundeseinheitlich als „Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland“ bezeichnet. Bei dieser Statistik ist als wesentlich zu bezeichnen, daß es sich hierbei - im Gegensatz zu den meisten anderen, auf Repräsentativerhebungen beruhenden Preisstatistiken - um eine Totalerhebung handelt. Es ist aber zu beachten, daß bei einer tiefen regionalen und sachlichen Gliederung der Ergebnisse Zufallseinflüsse wie Großverkäufe, Veräußerungen von Liebhaberobjekten, Kaufgeschäfte unter Verwandten und dergleichen um so wirksamer werden können, je geringer die Zahl der

Kauffälle ist. Außerdem sei darauf hingewiesen, daß die errechneten Durchschnittspreise einwandfreie Aussagen nur für den Berichtszeitraum erlauben, wodurch sie als Anhaltspunkte für die Entwicklung des Grundstückspreisniveaus nur bedingt zu verwenden sind. Man muß hierbei berücksichtigen, daß sich die Gesamtzahl aller verkauften Grundstücke jährlich in der Regel aus andersgearteten Einzelfällen zusammensetzt. Dadurch wird auch die Aussagekraft prozentualer Veränderungen teilweise eingeschränkt.

Umgesetzte Baulandfläche um 13% geringer

Die starke Schrumpfung der Bauaufträge im Jahre 1974 blieb nicht ohne deutlich erkennbare Auswirkungen auf den Baulandmarkt. Eine nach der Rezession der Jahre 1966 und 1967 über einen längeren Zeitraum beobachtete jährliche Zunahme der Zahl der Kauffälle und der umgesetzten Baulandfläche führte erstmals 1973 zu einer rückläufigen Entwicklung, die sich im Berichtsjahr fortsetzte. 1974 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 12 371 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 13,4 Mill. qm und einem Verkaufswert von 332 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Kauffälle um 7,9%, die umgesetzte Fläche um 13% und der erzielte Verkaufserlös um 15% ab. Seit 1962 konnte nur in den Jahren 1963 sowie 1966 bis 1969 eine geringere umgesetzte Fläche ermittelt werden. Im Zeitraum von 1962 bis 1974 waren insgesamt rund 161 000 Verkaufsfälle mit einer Fläche von 189 Mill. qm zu verzeichnen, die Erlöse von nicht weniger als 3,1 Mrd. DM erbrachten.

Unter den einzelnen Baulandarten erwiesen sich abermals baureifes Land und Rohbauland als mit Abstand am bedeutendsten. Wurden 1973 für baureifes Land Anteile an den Kauffällen und der Fläche von 68 bzw. 51% ermittelt, so beliefen sie sich im Berichtsjahr auf 64 bzw. 48%. Die Anteile des Rohbaulandes verminderten sich ebenfalls geringfügig, und zwar von 20 auf 18 bzw. von 30 auf 24%. Für die übrigen Baulandarten ergaben sich 1974 folgende Anteile an der umgesetzten Fläche: Land für Verkehrszwecke 9,9%, Freiflächen 9,2% und Industrieland 8,7%. Flächenmäßig erheblich geringere Umsätze wurden für Rohbauland und Industrieland mit jeweils - 31% errechnet; danach folgte baureifes Land mit - 18%. Hingegen konnten kräftige Ausweitungen bei den von der absoluten Größe her allerdings weniger ins Gewicht fallenden Freiflächen (+ 232%) und beim Land für Verkehrszwecke (+ 77%) ermittelt werden.

Das hohe Preisniveau für Bauland dürfte nicht unerheblich dazu beigetragen haben, daß sich die Durchschnittsgröße aller verkauften Grundstücke in den letzten drei Jahren rückläufig entwickelte. Nachdem 1971 noch eine durchschnittliche Größe von 1 255 qm errechnet worden war, sank diese in den folgenden drei Jahren ständig ab und betrug im Berichtsjahr nur noch 1 087 qm. Unter den einzelnen Baulandarten nahm 1974 die durchschnittliche Grundstücksgröße für baureifes Land um 5,2% auf 822 qm, für Rohbauland um 17% auf 1 416 qm und

Baugebiet	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	1 000 qm	1 000 DM	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm
Geschäftsgebiet	2	0	81	1	0	210,00	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	53	32	3 373	39	30	103,62	-	-	-
Wohngebiet in									
geschlossener Bauweise	314	248	12 483	274	230	51,65	-	-	-
offener Bauweise	6 713	6 385	230 668	4 293	3 510	36,61	1 512	2 140	40,83
Industriegebiet	346	1 175	26 193	5	25	11,68	5	15	21,05
Dorfgebiet	4 943	5 604	59 396	3 289	2 698	15,09	754	1 061	11,07
Insgesamt	12 371	13 444	332 194	7 901	6 493	28,43	2 271	3 216	30,92

für Industrieland um 18% auf 3 493 qm ab. Rohbauland wird in verhältnismäßig großen Stücken gehandelt und häufig beim Übergang in baureifes Land in kleinere Parzellen aufgeteilt. Leicht erhöht hat sich die Durchschnittsgröße je Kauffall beim Land für Verkehrszwecke, und zwar um 3% auf 1 952 qm; für Freiflächen errechnete sich eine Zunahme um mehr als vier Zehntel auf 1 081 qm.

Verkäufe in Wohngebieten mit offener Bauweise und Dorfgebieten dominieren

Die Darstellung der Baulandverkäufe nach einzelnen Baugebieten weist abermals als Schwerpunkt das Wohngebiet in offener Bauweise und das Dorfgebiet aus; auf diese beiden Kategorien entfielen 54 bzw. 40% aller Kauffälle und 47 bzw. 42% der umgesetzten Fläche. In den übrigen vier Baugebieten (Geschäftsgebiet, Geschäfts- mit Wohngebiet, Wohngebiet in geschlossener Bauweise mit Industriegebiet) kam den Baulandverkäufen eine erheblich geringere Bedeutung zu; sie erreichten zusammen nur einen Anteil von 6% an den Kauffällen und 11% an der Fläche. Die für die beiden wichtigsten Baulandarten, das baureife Land und das Rohbauland, ausgewiesenen Werte zeigen deren dominierende Bedeutung im Wohngebiet in offener Bauweise. Mit 3,5 Mill. qm entfielen auf dieses Baugebiet 54% der umgesetzten Fläche an baureifem Land; beim Rohbauland waren es sogar zwei Drittel. Gegenüber dem Vorjahr verzeichneten die Baulandverkäufe insgesamt im Wohngebiet in offener Bauweise einen Rückgang um 27% auf 6,39 Mill. qm, im Dorfgebiet dagegen einen Zuwachs um ein Fünftel auf 5,60 Mill. qm, der auf den hohen Umsatz an Freiflächen und Land für Verkehrszwecke zurückzuführen ist.

Natürliche Personen als Vertragspartner nur noch bei 44% der Kauffälle

Konnten in den beiden vorhergegangenen Jahren nahezu bei jedem zweiten Verkaufsfall natürliche Personen als Vertragspartner registriert werden, so sank ihr Anteil 1974 auf 44%. Auch an der veräußerten Fläche und der Gesamtkaufsumme erreichten sie mit 33 bzw. 39% niedrigere Quoten als im Jahr zuvor. Bei Vertragsabschlüssen zwischen natürlichen Personen wurde in knapp vier Fünftel aller Fälle baureifes Land veräußert, welches durch-

schnittlich eine kleinere Fläche beinhaltete, als die übrigen Baulandarten; deshalb gelangten zwischen natürlichen Personen durchschnittlich kleinere Grundstücke zum Verkauf. Die Beteiligung natürlicher Personen an allen Grundstücksgeschäften erwies sich bei der Differenzierung nach Erwerbern und Veräußerern als noch stärker. Eine Baulandveräußerung durch Privatpersonen erfolgte in 68% aller Kauffälle, die rund zwei Drittel der gesamten Fläche betraf und einen Erlös von 203 Mill. DM erbrachte; davon stammten 130 Mill. DM von natürlichen und 73 Mill. DM von juristischen Personen. Als Erwerber waren natürliche Personen an mehr als drei Viertel aller Kauffälle beteiligt. Bei einem Flächenanteil von 54% brachten sie dafür 194 Mill. DM auf.

Nach den Baulandveräußerungen, die auf Kaufverträgen zwischen natürlichen Personen basieren, kommt denen zwischen natürlichen und juristischen Personen eine erhebliche Bedeutung zu. Juristische Personen traten in 23% aller Fälle als Erwerber auf, während knapp drei Zehntel aller verkauften

Baulandverkäufe nach Veräußerern und Erwerbern 1974

Erwerber	Kauffälle	Fläche	Preis
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM
Natürliche Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	5 497	4 448	130 659
Juristische Personen	2 866	4 368	72 661
darunter: Gemeinden (Gv.)	1 943	2 716	31 714
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	70	174	7 528
Juristische Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	3 517	2 859	63 314
Juristische Personen	491	1 769	65 560
darunter: Gemeinden (Gv.)	157	369	10 146
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	56	271	9 880
darunter: Gemeinden (Gv.)			
Natürliche Personen	2 947	2 350	42 674
Juristische Personen	221	923	19 436
darunter: Gemeinden (Gv.)	14	69	1 546
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	36	198	3 578
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			
Natürliche Personen	118	93	3 770
Juristische Personen	46	95	6 739
darunter: Gemeinden (Gv.)	14	24	1 069
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	12	64	5 396

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt			Veränderung zum Vorjahr			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	%			Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
unter 2 000 Einw.	5 402	5 460	66 057	- 10,9	- 9,3	- 18,7	3 723	3 084	15,40	912	1 005	14,50
2 000 - 5 000 "	2 153	2 289	45 218	- 13,8	- 17,0	- 29,9	1 475	1 130	27,41	362	545	17,00
5 000 - 10 000 "	1 672	1 652	46 394	2,6	- 19,8	- 19,3	972	872	33,58	345	394	25,06
10 000 - 20 000 "	668	775	22 458	- 2,1	- 25,8	- 14,3	448	400	38,83	128	162	27,08
20 000 - 50 000 "	757	869	26 219	- 8,8	- 23,1	- 17,7	563	440	39,89	106	180	33,12
50 000 - 100 000 "	449	491	17 425	- 3,6	- 15,2	- 9,3	255	183	56,74	85	102	28,08
100 000 und mehr "	1 270	1 908	108 423	0,1	5,5	- 1,1	465	384	86,91	333	828	63,46
Insgesamt	12 371	13 444	332 194	- 7,9	- 12,7	- 14,9	7 901	6 493	28,43	2 271	3 216	30,92

unbebauten Grundstücke von juristischen an natürliche Personen veräußert wurden. Ein Vergleich der umgesetzten Fläche und Erlöse zeigt jedoch, daß juristischen Personen als Erwerber von Bauland eine größere Bedeutung zukommt. Während auf Käufe juristischer Personen 32% der Fläche und 22% der Kaufsumme entfielen, waren es bei den Verkäufen nur 21 bzw. 19%. Knapp 73 Mill. DM zahlten juristische Personen an natürliche Personen, erhielten von diesen aber nur 63 Mill. DM. Im Jahre 1973 beliefen sich die entsprechenden Werte auf 104 Mill. DM und 66 Mill. DM.

44% aller Baulandverkäufe in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern

Die Aufgliederung der Baulandverkäufe nach Gemeindegrößenklassen ergab, daß 44% aller Kauffälle in Kleinstgemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern registriert wurden, wobei der Anteil an der umgesetzten Fläche 41%, an der Kaufsumme jedoch nur ein Fünftel ausmachte. Dies deutet darauf hin, daß in ländlichen Gebieten noch am ehesten und zu relativ günstigen Preisen Bauland beschafft werden kann. Mit 3,08 Mill. qm wurde knapp die Hälfte der gesamten Fläche des baureifen Landes in Gemeinden unter 2 000 Einwohner umgesetzt, beim Rohbauland waren es hingegen nur 31%. Ebenso wie in den beiden vorhergegangenen Jahren konnte 1974 erneut beobachtet werden, daß, von zwei Ausnahmen abgesehen, bei ansteigender Gemeindegrößenklasse die Zahl der Verkaufsfälle abnahm. Diese Tendenz wurde lediglich in der Gemeindegrößenklasse 20 000 bis 50 000 Einwohner sowie in stärkerem Maße in den Großstädten unterbrochen. Von den gesamten Kauffällen entfielen auf letztere 1 270 oder 10%, von der Fläche 14% und von den Erlösen rund ein Drittel. In den Großstädten konnte mit 828 000 qm eine deutlich höhere umgesetzte Fläche an Rohbauland ermittelt werden als an baureifem Land (384 000 qm). Dagegen ergaben sich für alle anderen Gemeindegrößenklassen höhere Flächenumsätze an baureifem Land. Die relativ geringe Fallzahl der Verkäufe von Rohbauland in den Großstädten steht in Zusammenhang damit, daß in wesentlich höherem Umfang als in den übrigen Gemeindegrößenklassen große Parzellen veräußert wurden, für die durchschnitt-

lich ein beachtlich hoher Quadratmeterpreis von 63,46 DM gezahlt wurde.

Was die durchschnittliche Grundstücksgröße anbetrifft, so war ausnahmslos in jeder Gemeindegrößenklasse die Gruppe der Grundstücke von 500 bis 1 000 qm am stärksten besetzt. Auf diese Grundstücksgrößenklasse entfiel knapp die Hälfte aller Kauffälle, danach folgten die Grundstücke von 1 000 bis 3 000 qm mit einem Anteil von rund einem Fünftel.

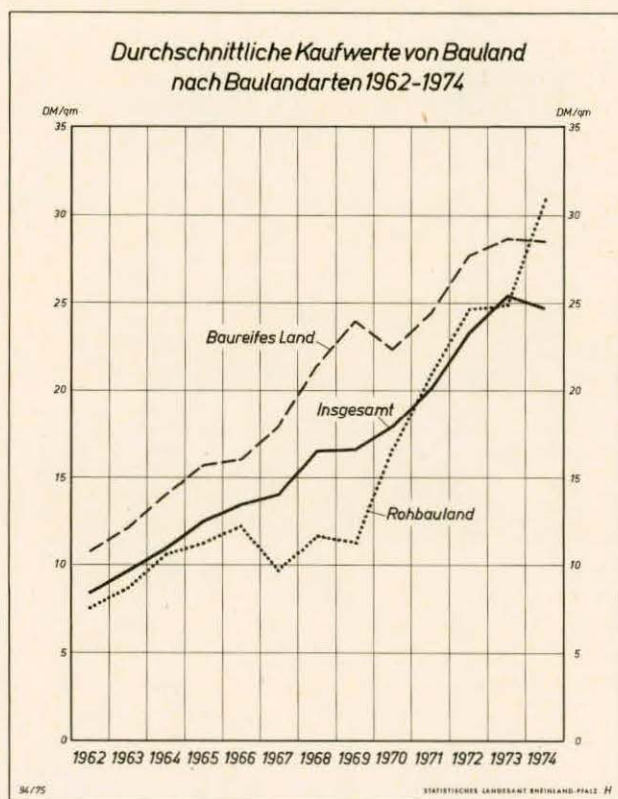
In Rheinhessen-Pfalz 2,28 Mill. qm Rohbauland veräußert

Innerhalb der Regierungsbezirke wurde für Koblenz eine Reduzierung der Kauffälle um 12% und der veräußerten Fläche um fast ein Drittel ermittelt. Der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz verzeichnete ebenfalls eine Abnahme der Baulandveräußerungen, die bei den Kauffällen — 9,3%, bei der Fläche jedoch nur — 0,4% ausmachte. Zunahmen ergaben sich dagegen im stärker landwirtschaftlich geprägten Regierungsbezirk Trier; die entsprechenden Veränderungsraten beliefen sich auf + 16 und + 4,7%. Für die drei Regierungsbezirke Rheinhessen-Pfalz, Koblenz und Trier betrugen die Anteile an der umgesetzten Fläche 55 sowie 31 und 14% gegenüber 48 sowie 40 und 12% im Jahr zuvor. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz kam den Verkäufen von Rohbauland eine hervorragende Bedeutung zu, denn nicht weniger als 2,28 Mill. qm wechselten hier den Besitzer, während es in den freilich kleineren Regierungsbezirken Koblenz und Trier nur 0,65 Mill. qm bzw. 0,29 Mill. qm waren. Die Vermutung liegt nahe, daß in manchen Fällen Rohbauland als Spekulationsobjekt gehandelt worden ist. Mit einem Quadratmeterpreis von 36,62 DM war Rohbauland im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz bei weitem am teuersten und lag nur wenig unter dem dortigen Preis für baureifes Land, der 39,35 DM ausmachte.

Auf Landkreisebene wurde in Birkenfeld mit 431 000 qm das meiste baureife Land verkauft, danach folgt Mayen-Koblenz mit 383 000 qm. In der Skala der kreisfreien Städte lag Mainz mit 109 000 qm an der Spitze, gefolgt von Neustadt mit 72 000 qm. Der Umsatz an Rohbauland erreichte in Mainz 702 000 qm; das waren 117 000 qm mehr als im Jahr

Baulandveräußerungen und durchschnittliche Kaufwerte nach Verwaltungsbezirken 1974

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	1 000 qm	1 000 DM	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm
Kreisfreie Stadt Koblenz	318	255	11 580	129	62	80,58	70	65	33,54
Landkreise									
Ahrweiler	172	139	4 115	172	139	29,56	-	-	-
Altenkirchen (Ww.)	279	270	3 861	215	186	14,73	53	55	15,74
Bad Kreuznach	527	418	9 520	436	338	23,55	73	71	18,95
Bad Kreuznach, St.	56	43	2 225	37	28	57,38	11	13	36,05
Birkenfeld	560	547	3 736	436	431	7,67	30	26	6,30
Idar-Oberstein, St.	175	137	1 361	128	106	10,64	16	15	8,92
Cochem-Zell	281	202	4 501	130	88	30,98	89	81	13,85
Mayen-Koblenz	1 022	713	21 511	589	383	32,59	174	122	24,40
Andernach, St.	79	72	2 884	66	58	37,78	6	6	29,03
Neuwied	564	547	13 164	410	373	24,77	133	118	22,39
Neuwied, St.	138	139	4 753	83	60	41,23	49	47	26,39
Oberwesterwaldkreis	306	264	3 725	306	264	14,11	-	-	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	513	453	6 928	407	309	19,98	29	28	10,69
Rhein-Lahn-Kreis	289	250	4 549	184	147	20,93	86	84	14,50
Lahnstein, St.	13	11	747	13	11	68,50	-	-	-
Unterwesterwaldkreis	198	145	3 360	188	144	23,19	1	0	13,95
Reg. Bez. Koblenz	5 029	4 203	90 550	3 602	2 864	22,29	738	650	19,72
Kreisfreie Stadt Trier	197	235	7 906	94	129	34,94	24	24	23,40
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	405	432	6 253	277	235	17,76	80	94	8,97
Bitburg-Prüm	215	237	2 794	204	229	11,94	3	3	8,71
Daun	172	175	2 073	152	155	12,12	20	20	9,82
Trier-Saarburg	634	789	10 448	319	304	19,88	125	147	10,74
Reg. Bez. Trier	1 623	1 868	29 474	1 046	1 052	18,38	252	288	11,12
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	43	32	1 526	41	26	55,78	2	.	.
Kaiserslautern	34	28	1 860	34	28	66,09	-	-	-
Landau i. d. Pfalz	99	148	3 330	66	42	45,42	22	49	22,25
Ludwigshafen a. Rhein	56	93	8 379	46	56	130,69	10	36	27,61
Mainz	665	1 296	78 699	162	109	134,45	229	702	69,45
Neustadt a. d. Weinstr.	131	172	7 655	88	72	72,39	18	34	31,48
Pirmasens	142	155	3 512	49	28	44,74	17	21	26,62
Speyer	82	200	7 754	38	41	87,46	28	54	57,62
Worms	38	24	1 505	35	22	63,03	1	.	.
Zweibrücken	68	99	1 588	60	52	23,55	1	.	.
Landkreise									
Alzey-Worms	266	242	4 889	232	179	21,83	32	62	15,42
Bad Dürkheim	330	289	11 344	248	182	45,81	58	80	30,14
Donnersbergkreis	402	565	5 497	244	211	13,98	114	201	8,86
Germersheim	351	336	7 878	323	287	24,79	12	24	17,24
Kaiserslautern	255	254	3 746	223	190	16,94	30	61	8,31
Kusel	303	354	2 671	232	187	10,18	64	146	5,06
Landau-Bad Bergzabern	473	499	8 349	264	185	28,95	112	135	14,39
Ludwigshafen	372	556	17 308	271	248	50,79	77	229	17,93
Mainz-Bingen	833	680	28 362	268	195	62,51	410	357	39,89
Bingen, St.	66	62	2 149	49	35	40,79	15	23	28,37
Ingelheim am Rhein, St.	103	120	3 750	43	36	57,88	28	40	27,42
Pirmasens	776	1 351	6 318	329	237	16,35	44	75	8,38
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	5 719	7 373	212 170	3 253	2 577	39,35	1 281	2 278	36,62
Rheinland-Pfalz	12 371	13 444	332 194	7 901	6 493	28,43	2 271	3 216	30,92
Kreisfreie Städte	1 873	2 737	135 294	842	667	73,98	422	997	58,50
Landkreise	10 498	10 707	196 900	7 059	5 826	23,20	1 849	2 219	19,39



zuvor. Unter den kreisfreien Städten folgte mit großem Abstand Speyer (54 000 qm). Von den Landkreisen verzeichneten Mainz-Bingen (357 000 qm) und Ludwigshafen (229 000 qm) die flächenmäßig umfangreichsten Verkäufe an Rohbauland. Beide Kreise befinden sich in unmittelbarer Nähe von Ballungszentren, in denen auch künftig mit einer verhältnismäßig starken Bautätigkeit gerechnet werden kann.

Extrem hohe durchschnittliche Quadratmeterpreise für baureifes Land wurden in Mainz (134,45 DM) und Ludwigshafen (130,69 DM) bezahlt. In den Landkreisen ergaben sich die höchsten Preise in Mainz-Bingen (62,51 DM) und Ludwigshafen (50,79 DM), die niedrigsten verzeichneten Kusel (10,18 DM) und Birkenfeld (7,67 DM). Für Rohbauland wurden die höchsten durchschnittlichen Quadratmeterpreise in Mainz mit 69,45 DM und in Speyer mit 57,62 DM erzielt.

Quadratmeterpreise für baureifes Land erstmalig seit 1970 rückläufig

Erstmals seit 1962 verminderte sich der durchschnittliche Verkaufswert von Bauland gegenüber dem Vorjahr, und zwar um 2,4% auf 24,71 DM je Quadratmeter. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit dem stark reduzierten Auftragsvolumen und den daraus folgenden Produktionseinschränkungen in der Bauindustrie. Recht

unterschiedlich gestaltete sich jedoch - auch unter Berücksichtigung der eingangs gemachten Vorbehalte - der Preisverlauf bei den einzelnen Baulandarten. Baureifes Land verzeichnete im Landesdurchschnitt einen Preisrückgang um 0,6% auf 28,43 DM. Rohbauland, welches nur 1967 einen Rückgang des durchschnittlichen Verkaufswertes gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen hatte, verteuerte sich dagegen um fast ein Viertel und erzielte einen durchschnittlichen Preis von 30,92 DM. Der erstmals über dem Preis für baureifes Land liegende Durchschnittspreis für Rohbauland erklärt sich durch den zunehmenden Verkauf von unerschlossenen Grundstücken in der Nähe von Großstädten. Die steigende Nachfrage nach solchen Flächen, hervorgerufen durch die Baulandverknappung im Kernbereich der Städte, blieb nicht ohne Einfluß auf die Preisentwicklung. Mit 20,44 DM lag der Quadratmeterpreis für Industrieland, ebenso wie schon 1973, als er 19,19 DM erreichte, verhältnismäßig hoch. Land für Verkehrszwecke kostete im Schnitt 11,10 DM (Vorjahr 10,64 DM), und Freiflächen ermäßigten sich deutlich auf 7,65 DM (19,41 DM).

Aufgegliedert nach der Art des Baugebietes ist erneut eine recht starke Streuung der durchschnittlichen Verkaufswerte für den Quadratmeter zu erkennen. In Wohngebieten mit offener Bauweise erzielte baureifes Land 36,61 DM, das waren 11% mehr als im Vorjahr, und Rohbauland verteuerte sich sogar um 38% auf 40,83 DM. Im Dorfgebiet lag der Preis für baureifes Land mit 15,09 DM je qm ebenfalls höher, und zwar um 5,2%, während Rohbauland mit 11,07 DM im Landesdurchschnitt um 1,0% billiger verkauft wurde. Stark voneinander abweichende Verkaufswerte errechneten sich ebenfalls für die einzelnen Gemeindegrößenklassen. Wurde für baureifes Land in Gemeinden unter 2 000 Einwohner durchschnittlich 15,40 DM (1973: 14,51 DM) bezahlt, so erhöhte sich der Preis mit ansteigender Gemeindegrößenklasse und belief sich in Gemeinden über 100 000 Einwohner auf 86,91 DM (1973: 111,28 DM). Für Rohbauland zeigte sich eine ähnliche Situation. Die Quadratmeterpreise bewegten sich je nach Gemeindegrößenklassen zwischen 14,50 und 63,46 DM (1973: 14,68 und 50,12 DM). Starke Preisunterschiede wurden auch bei den einzelnen Grundstücksgrößenklassen ermittelt. Bei baureifem Land waren in der Regel die kleineren Verkaufsparzellen am teuersten.

Reichlich die Hälfte aller Baulandverkäufe entfiel auf die Preisgruppen zwischen 5 und 25 DM je qm. Am stärksten besetzt von den insgesamt 20 Preisgruppen war diejenige von 10 bis unter 15 DM mit einem Anteil von 15%.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Arbeitnehmerverdienste 1974

Seit Jahren finden aufgrund des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 laufende Erhebungen über die Effektivverdienste in ausgewählten Wirtschaftsbereichen statt, deren Hauptzweck es ist, Aufschluß über die kurzfristigen Veränderungen der Arbeitnehmerverdienste zu geben. Dementsprechend beziehen sich die Ergebnisse dieser regelmäßig repräsentativ vorgenommenen Erhebungen, die vierteljährlich für Industrie und Handel, halbjährlich für das Handwerk und im September jeden Jahres für die Landwirtschaft durchgeführt werden, nur auf die laufend vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer gezahlten Beträge, während einmalige Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt usw. im Rahmen dieser Erhebungen unberücksichtigt bleiben. Auf die Erfassung der geleisteten Arbeitszeit wird - ausgenommen im Handwerk - seit 1973 verzichtet; erhoben wird nur noch die bezahlte Arbeitszeit.

Sämtliche vorgenannten Verdiensterhebungen - mit Ausnahme einer individuellen Form der Befragung in der Landwirtschaft - beruhen auf dem sogenannten Lohnsummenverfahren, bei dem die Betriebe die während des gesamten Berichtsmonats entlohten Angestellten und Arbeiter nach Geschlecht und nach Leistungsgruppen untergliedern. Da in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft im Rahmen dieser Erhebungen nicht mehr genügend größere landwirtschaftliche Betriebe mit Stundenlöhnen außer Hausgemeinschaft einbezogen waren, um brauchbare Unterlagen zur Ermittlung eines Landesdurchschnitts zu erhalten, wurde bei der Darstellung der Verdienstentwicklung dieses Wirtschaftszweiges in den Jahren von 1964 bis 1974 auf Durchschnittswerte für das gesamte Bundesgebiet zurückgegriffen; zudem ist nicht anzunehmen, daß die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verdienste in Rheinland-Pfalz wesentlich anders verlaufen sein sollte als im übrigen Bundesgebiet. Für September 1974 wurde erstmalig eine auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften gestützte Erhebung über die Effektivverdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter angeordnet, die - ergänzend zu den Bereichen der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes - vergleichbare Lohnstatistiken für die Landwirtschaft zur Verfügung stellen sollte. Vorgeesehen wurde ein stufenweises Verfahren, das zunächst nur die Einbeziehung der Löhne ständig beschäftigter Landarbeiter konzipierte.

Ähnlich wie bei den in mehrjährigen Abständen stattfindenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der Industrie und dem Dienstleistungsgewerbe waren Angaben für jeden beschäftigten Landarbeiter zu ermitteln. Für Rheinland-Pfalz bedeutete vor allem die Neuauswahl des Berichtskreises, daß nun auch auf Landesebene aussagefähige Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden konnten, die im Rahmen der folgenden Darstellung über Arbeitnehmerverdienste 1974 interpretiert werden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Werte, deren Erfassung bereits im Rahmen der früheren deutschen Verdienststatistik in der Landwirtschaft vorgesehen war, während die im Bereich der Wirtschaftsgruppe Garten- und Weinbau gezahlten Löhne, die im September 1974 aufgrund der EWG-Verordnung Nr. 677/74 vom 21. März 1974 ebenfalls zu erheben waren, in der nachfolgenden Darstellung unberücksichtigt bleiben mußten.

Arbeitszeitverkürzungen wirkten sich auf Wochenlöhne aus

Obwohl die Hochkonjunktur der Gesamtwirtschaft bereits in den ersten Monaten des Jahres 1973 nachließ, stiegen die Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau von Oktober 1972 (+ 8,1% gegenüber Oktober 1971) zu Oktober 1973 noch um 9,7% auf 350 DM an. Der sich 1974 fortsetzende konjunkturelle Abschwung zeigte sich nicht so sehr bei den Stundenlöhnen - diese erhöhten sich noch um 12% gegenüber Oktober 1973 (+ 11,8% von Oktober 1972 zu Oktober 1973) - als vielmehr bei den Wochenlöhnen, deren Zunahme mit + 9,7% auf 384 DM gleich hoch war wie im Jahr zuvor. Der schwächere Anstieg der Wochenverdienste ist in erster Linie auf den deutlichen Rückgang der bezahlten Wochenarbeitszeit (Männer: - 1,3 Stunden) zurückzuführen, wobei verringerte Mehrarbeit und eine erhebliche Zunahme der Kurzarbeit ausschlaggebend gewesen sein dürften. Daß sich die Auswirkungen des Konjunkturabschwungs auf die Industrielöhne bis Ende 1974 noch in Grenzen hielten, beruht hauptsächlich darauf, daß die Tarifverein-

Jährliche Veränderungen der Löhne und Gehälter 1964 - 1974

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter					Bruttomonatsverdienste der Angestellten										Öffentlicher Dienst 2)
	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)			Handwerk	Landwirtschaft 1)	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe				
						kaufmänn. Angestellte			technische Angestellte							
	insgesamt		Männer	Frauen	Männer	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen		
	%															
1964	10,1	10,5	9,4	9,0	8,1	8,1	7,5	8,6	7,0	7,4	5,6	10,0	7,5	10,7	3,1	
1965	9,8	10,0	9,5	9,6	17,1	8,9	8,8	8,4	8,5	8,5	9,9	9,8	9,4	6,8	5,6	
1966	2,1	1,9	3,1	5,4	3,5	5,1	5,2	5,3	4,9	4,8	4,4	8,4	8,1	8,4	.	
1967	-	- 0,5	0,8	-	-	3,9	4,3	3,0	2,4	2,5	2,2	3,8	3,4	3,5	-	
1968	7,7	7,5	7,6	6,2	2,3	5,7	6,2	4,8	5,8	5,9	4,7	5,4	5,5	5,6	3,6	
1969	13,8	14,0	10,6	12,1	12,7	10,4	10,4	11,5	12,0	12,2	11,5	8,7	8,7	8,4	6,8	
1970	14,6	15,4	12,7	15,1	10,8	12,5	12,0	13,5	13,3	13,4	14,1	11,0	12,3	10,7	14,2	
1971	7,7	7,3	10,2	10,5	7,5	9,1	8,4	10,0	8,1	7,8	10,6	11,8	11,0	12,7	9,1	
1972 ³⁾	8,1	8,1	8,2	13,2	10,3	9,1	9,3	9,6	7,9	8,1	8,0	10,4	9,1	12,3	6,9	
1973	9,7	9,5	10,0	7,8	7,1	16,0	15,3	14,8	13,2	13,2	11,2	13,8	12,3	13,2	9,4	
1974	9,7	8,1	14,3	7,8	11,1	11,1	9,7	12,6	10,8	10,8	12,1	13,4	11,0	17,1	11,0	

1) Bundesgebiet, ab 1974 Rheinland-Pfalz. - 2) Verg.-Gr. VI b BAT (40 Jahre, ledig, Ortsklasse A); ab 1.1.1973 Wegfall der Ortsklasse A. - 3) Ab 1973 neuer Berichtskreis (außer Handwerk und Landwirtschaft).

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie und Handwerk
nach Leistungsgruppen und Geschlecht 1973 und 1974

Leistungsgruppe	Bruttostundenlohn			Bruttowochenlohn			Bezahlte Wochenarbeitszeit			
							insgesamt		Mehrarbeitszeit	
	1973	1974	Veränderung	1973	1974	Veränderung	1973	1974	1973	1974
	DM		%	DM		%	Stunden			
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)										
Insgesamt										
1	9,10	10,11	11,1	400	435	8,8	44,0	43,0	3,7	3,0
2	7,83	8,73	11,5	335	363	8,4	42,7	41,6	2,8	2,0
3	6,52	7,29	11,8	271	300	10,7	41,6	41,1	2,1	1,6
Insgesamt	8,13	9,10	12,0	350	384	9,7	43,0	42,1	3,1	2,4
Männer										
1	9,18	10,21	11,2	406	440	8,4	44,2	43,1	3,9	3,0
2	8,42	9,34	11,0	370	396	6,9	44,0	42,4	3,7	2,6
3	7,37	8,09	9,7	321	343	6,8	43,5	42,4	3,4	2,4
Zusammen	8,68	9,66	11,3	382	413	8,0	44,1	42,8	3,8	2,8
Frauen										
1	6,63	7,30	10,1	251	292	16,3	37,8	40,0	0,4	0,7
2	6,07	6,88	13,3	239	271	13,7	39,3	39,4	0,6	0,4
3	5,55	6,33	14,1	219	251	14,4	39,6	39,7	0,7	0,6
Zusammen	5,88	6,68	13,7	231	264	14,4	39,3	39,6	0,6	0,5
Handwerk										
Männer										
Vollgesellen	8,54	9,18	7,5	374	401	7,2	43,8	43,7	3,4	3,3
Jungesellen	6,60	7,28	10,3	285	313	9,8	43,2	43,0	2,7	2,7
Übrige Arbeiter	7,11	7,74	8,9	320	348	8,8	45,0	45,0	4,8	4,8
Insgesamt	8,21	8,88	8,2	360	388	7,8	43,9	43,7	3,5	3,4

barungen zu Anfang des Berichtsjahres getroffen wurden.

Im *Handwerk* war mit einer Steigerungsrate von nur 3% bereits von Mai bis November 1973 eine erhebliche Abflachung des Lohnauftriebs sichtbar (Mai bis November 1972: + 8%), wobei die jährliche Zunahme der Wochenverdienste sowohl im November 1973 (+ 7,8%) als auch im November 1974 nur noch halb so hoch war wie 1972 (+ 13,2%). Im Vergleich zu den Stundenlöhnen (+ 8,2%) zeigte die Entwicklung der Wochenverdienste 1974 (+ 7,8%) keine auffallenden Abweichungen, da sich die bezahlte Wochenarbeitszeit nur wenig - um 0,2 Stunden - auf 43,7 verkürzte.

In der *Landwirtschaft* wurde im September 1974 bei knapp 49 Wochenstunden ein Bruttowochenverdienst aller männlichen Arbeiter von 319 DM ermittelt.

Die Durchschnittsgehälter der kaufmännischen und technischen *Angestellten in Industrie und Handel* verbesserten sich im letzten Jahr zwischen 10,8 und 13,4%. 1973 lagen die Steigerungen noch zwischen + 13,2 und + 16,0%. Da sich die Verteuerung - gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts - nicht so stark beschleunigte, wie bei Jahresbeginn unter dem Eindruck der Energiekrise zunächst anzunehmen war, verblieb den Arbeitnehmern auch 1974 noch ein geringer Kaufkraftgewinn.

Durchschnittliche Stundenlöhne in der Industrie bei 9,10 DM, im Handwerk bei 8,90 DM

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung im Oktober 1974 erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der rheinland-pfälzischen *Industrie- und Bauarbeiter* innerhalb eines Jahres um 12% auf 9,10 DM. Für die Industriearbeiter allein machte der Anstieg 12,5% aus, während sich infolge der konjunkturellen Abschwächungstendenzen für die Gesamtheit der Bauarbeiter nur ein Anstieg von 10,1% ergab. Als Durchschnittslohn der männlichen Industriearbeiter (einschließlich derer im Hoch- und Tiefbau) wurden 1974 im Oktober 9,66 DM ermittelt, für Arbeiterinnen 6,68 DM. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat schnitten die Arbeiterinnen mit einem Verdienstzuwachs von 13,7% (+ 0,80 DM) relativ besser ab als die männlichen Arbeiter, deren Bezüge sich nur um 11,3% (+ 0,98 DM) verbesserten. Im Oktober 1973 hatten die vergleichbaren Steigerungssätze 12,2 (Frauen) und 11,6% (Männer) betragen.

In der Aufgliederung der Industrie- und Bauarbeiter nach Leistungsgruppen und Geschlecht erzielten bei den Männern die Facharbeiter (Leistungsgruppe 1) mit einem Stundenlohn von mehr als 10 DM die günstigste relative Veränderung ihrer Bezüge (+ 11,2%), während bei den Arbeiterinnen die Gruppe der ungelernten Kräfte (Leistungsgruppe 3) mit 6,33 DM und einem Verdienstzuwachs von 14,1% am besten abschnitt.

In Leistungsgruppe 2 (Angelernte) erhöhten sich die Bezüge der Männer um 10,9% auf 9,34 DM, Arbeiterinnen erzielten in dieser Kategorie 6,88 DM (+ 13,3%). Einen annähernd gleich hohen prozentualen Gewinn konnten männliche Hilfsarbeiter und weibliche Facharbeiter verbuchen, deren Verdienste im Schnitt 8,09 (+ 9,7%) bzw. 7,30 DM (+ 10,1%) erreichten. Bei der Beurteilung der Verdienstentwicklung muß allerdings berücksichtigt werden, daß die laufenden Verdiensterhebungen im sogenannten Lohnsummenverfahren durchgeführt werden und sich hinter den ermittelten Durchschnittswerten oft nicht unerhebliche Streuungen verbergen.

Der durchschnittliche Wochenverdienst eines männlichen Industriearbeiters betrug im Oktober 1974 in dem von der Erhebung erfaßten Industrie- und Baubereich 413 DM, die Frauen kamen wöchentlicher auf 264 DM. Im Gesamtdurchschnitt ergab sich seit Oktober 1973 eine Steigerung von 9,7%. Die Wochenlöhne der Arbeiterschaft haben sich damit innerhalb der letzten zehn Jahre mehr als verdoppelt, denn im Oktober 1964 wurden nur durchschnittlich 174 DM verdient. Die beachtlichen Unterschiede zwischen den wöchentlichen Bezügen der Männer und Frauen ergeben sich - wie den Ergebnissen der in mehrjährigen Abständen stattfindenden Gehalts- und Lohnstrukturhebungen im einzelnen zu entnehmen ist - aus der Struktur und der ungleichen Arbeitszeit der beiden Gruppen. Die unteren Lohngruppen haben bei den weiblichen Beschäftigten ein erheblich stärkeres Gewicht als bei den männlichen Arbeitskräften, und die um mehrere Stunden kürzere Wochenarbeitszeit - im Oktober 1974 waren es 3 und im Oktober 1973 rund 5 Stunden weniger - erweitert den Unterschied in der Höhe der Durchschnittseinkommen zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit belief sich im Oktober 1974 im Durchschnitt von Industrie und Baugewerbe bei den Arbeitern auf 42,8, bei den Frauen auf 39,6 und insgesamt auf 42,1 Stunden, wobei die Arbeitszeiten um 1,3 (Männer) bzw. 0,3 Std. (Frauen) kürzer waren als im Oktober 1973. In diesem Rückgang kommt, insbesondere bei männlichen Arbeitnehmern, die durch Kurzarbeit und verringerte Zahl der Mehrarbeitsstunden gekennzeichnete Konjunkturflaute deutlich zum Ausdruck.

Nach den Ergebnissen der halbjährlichen Verdiensterhebung in neun ausgewählten Zweigen des *Handwerks* sind die durchschnittlichen effektiven Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter - weibliche Beschäftigte bleiben bei der Darstellung der Verdienstsituation im Handwerk außer Betracht - von 8,21 DM (1973) um 8,2% auf 8,88 DM im November 1974 gestiegen. Ihre Bruttowochenverdienste erhöhten sich um 28 auf 388 DM (+ 7,8%). Die etwas geringere Zunahme der Bruttowochenverdienste im Vergleich zu den Stundenlöhnen beruht auf der gegenüber 1973 im Schnitt um 0,2 Stunden verkürzten Wochenarbeitszeit, deren Entwicklung von dem 1973 einsetzenden konjunkturellen Abschwung allerdings nur unwesentlich

Bezahlte Arbeitszeit und Durchschnittsverdienste der männlichen Arbeiter in der Landwirtschaft im September 1974

Leistungsgruppe	Bezahlte Arbeitszeit je Woche	Bruttostundenverdienst	Bruttowochenverdienst
	Stunden	DM	
Qualifizierte Arbeiter	49,1	6,68	328
Landarbeiter	47,5	6,90	328
Nichtqualifizierte Arbeiter	48,2	5,70	275
Insgesamt	48,5	6,57	319

beeinflusst wurde. Während die bezahlte Wochenarbeitszeit in der Industrie zwischen 1972 und 1974 um volle 2 Stunden auf 42,8 zurückgegangen ist, verkürzte sich die entsprechende Zahl der Wochenstunden im Handwerk nur um etwa eine halbe Stunde auf 43,7 (1974). Ein Vergleich der Bruttowochenverdienste im Handwerk (388 DM) und in der Industrie (413 DM) ergab im Herbst 1974 eine Differenz von 25 DM; 1964 waren es 20 DM. Die Wochenlöhne der Arbeiter im Handwerk sind danach in diesen zehn Jahren relativ stärker gestiegen (+ 128%) als die Arbeitervergdienste in der Industrie (+ 117%).

Die von November 1973 zu November 1974 festgestellten Stundenlohnerhöhungen nach Beschäftigungsgruppen ergaben Steigerungssätze zwischen 10,3% (Junggesellen) und 7,5% (Vollgesellen). Übrige Arbeiter kamen auf eine knapp 9%ige Erhöhung ihrer Bruttostundenlöhne.

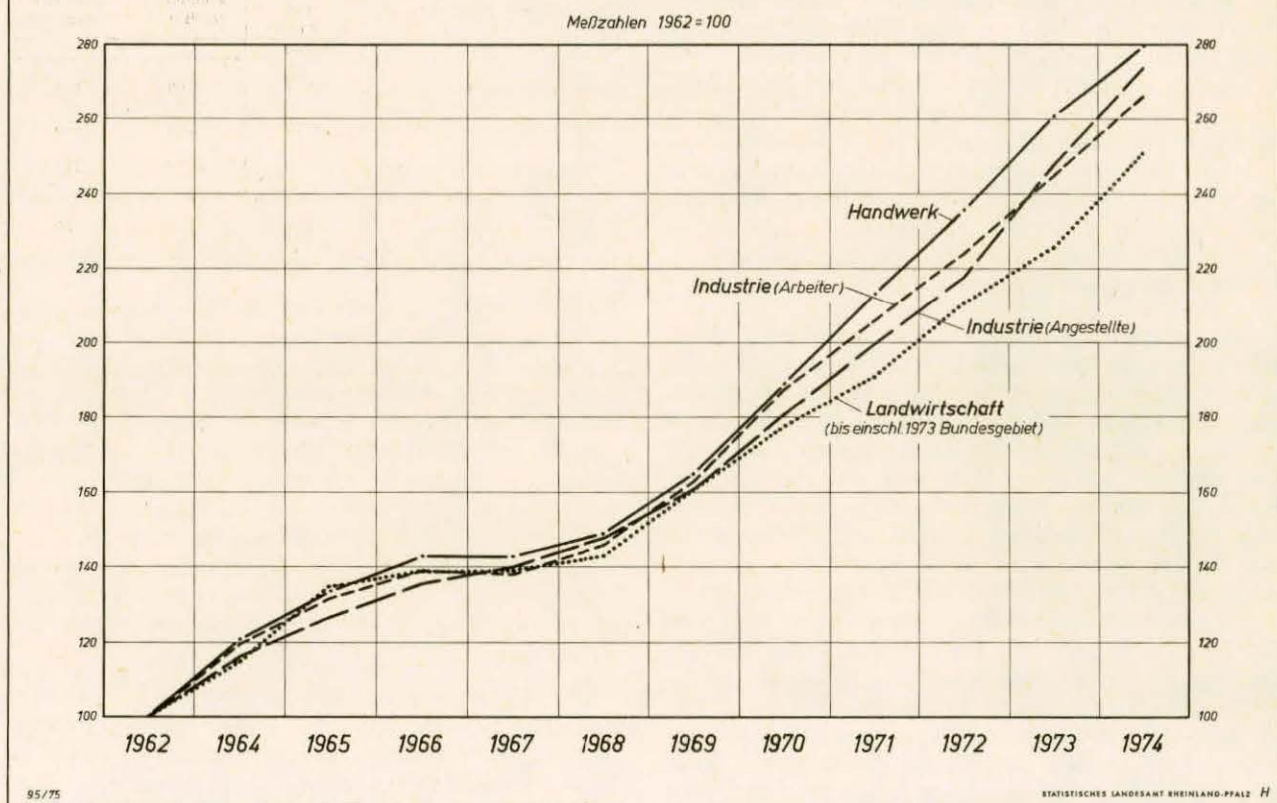
Am günstigsten entwickelten sich die Verdienste im Handwerkszweig Fleischerei. Vollgesellen erreichten dort durchschnittlich 9,56 DM (+ 8,5%), übrige Arbeiter kamen auf 7,31 DM (+ 12,3%), und Junggesellen verdienten dort 6,63 DM (+ 13,3%). Den niedrigsten Verdienst - Schneiderei ausgenommen - erzielten im November 1974 die Beschäftigten des Bäckerhandwerks mit 8,60 DM.

Stundenlohn für Facharbeiter in der Landwirtschaft knapp 7,00 DM

Mit der Erhebung über die Löhne in der Landwirtschaft soll das Niveau und die Entwicklung der Bruttobarverdienste in der Landwirtschaft aufgezeigt werden. Die Befragung im Herbst 1974 erstreckte sich dabei auf Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mindestens 30 ha, da in Betrieben unter dieser Größe nur noch selten ständige familienfremde Arbeitskräfte anzutreffen sind. Die nachfolgende Darstellung beschränkt sich wegen der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der früheren Erhebungen in der Landwirtschaft auf die Zahlenangaben von Betrieben mit 50 und mehr ha. Die Verdienste der weiblichen Beschäftigten bleiben auch in diesem Zusammenhang außer Betracht.

Qualifizierte Arbeiter - darunter sind Arbeitnehmer zu verstehen, die sich zum Facharbeiter, Gehilfen oder Meister qualifizierten - kamen auf einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 6,68 DM. Landarbeiter (Maschinenführer und Schlepperfahrer) erreichten infolge häufiger Lei-

Verdienstentwicklung der männlichen Arbeiter und Angestellten 1962 - 1974



stungserhöhung im Schnitt 6,90 DM, und nicht-qualifizierte Kräfte - das sind angelernte und ungelernte Arbeiter - verdienten 5,70 DM in der Stunde. Bei knapp 49 bezahlten Wochenstunden (Industrie 43), stellte sich der durchschnittliche wöchentliche Verdienst für alle männlichen Landarbeiter auf 319 DM (Industrie 413 DM). Eine Gegenüberstellung der Bruttobarverdienste von Industrie- und landwirtschaftlichen Arbeitern dürfte, da es sich um Durchschnittswerte mit unterschiedlichen Beschäftigungsstrukturen handelt, nur von begrenzter Aussagefähigkeit sein. Zudem sollte bei dem Hinweis auf höhere Verdienste und kürzere Arbeitszeiten in der Industrie auch der Vorteil eines meist geringeren Zeitaufwands für den Weg zum Arbeitsplatz in einem landwirtschaftlichen Betrieb nicht unterschätzt werden. Die Bezüge der Arbeiter haben sich innerhalb des letzten Jahrzehnts auch in der Landwirtschaft nicht unerheblich verbessert (+ 119%), wenn auch in etwas geringerem Ausmaß als die Wochenverdienste im Handwerk (+ 128%), jedoch immer noch etwas stärker als in der Industrie (+ 117%).

Günstigere Zuwachsraten der Angestelltenverdienste

Auch im Oktober 1974 wurden die Steigerungssätze der Arbeiterwochenverdienste (+ 9,7%) von den prozentualen Verbesserungen der Angestelltenverdienste (+ 11%) übertroffen, obwohl sich auch diese im Vergleich zu Oktober 1973 nicht un-

erheblich abgeschwächt hatten. Von Interesse dürfte dabei die Feststellung sein, daß die Verbesserungen der Angestelltenverdienste in Zeiten der Hochkonjunktur in der Regel nicht an die der Arbeiter herankommen, während sich in Zeiten einer konjunkturellen Abschwächung dieses Verhältnis umzukehren scheint.

In Industrie und Bauwirtschaft erhöhten sich die Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten von Oktober 1973 zu Oktober 1974 um 197 DM oder 11,1% auf 1 788 DM. Die Erhöhung der Gehälter fiel diesmal mit einer Zuwachsrate von 12,6% für die weiblichen Angestellten etwas günstiger aus als für ihre männlichen Kollegen, deren Bezüge sich im Schnitt um 9,7% auf 2 352 DM verbesserten. Bei einem durchschnittlichen Monatsgehalt der Frauen von 1 558 DM machte allerdings der Unterschied in der Höhe der Einkommen zwischen männlichen und weiblichen Angestellten immerhin noch fast 800 DM aus.

Die als technische Angestellte ausgewiesene Gruppe erreichte eine Verbesserung ihrer Bezüge um 10,8%, wobei die Männer auf einen Monatsverdienst von 2 575 DM kamen, während die Frauen auch in diesem Bereich gut 800 DM weniger verdienen.

Die Monatsverdienste der kaufmännischen Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe haben sich von Oktober 1973 zu Oktober 1974 etwas günstiger entwickelt als die entsprechenden Einkommen in der Industrie, wäh-

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen und Geschlecht 1973 und 1974

Leistungsgruppe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe		
	kaufmännische Angestellte			technische Angestellte			kaufmännische Angestellte		
	1973	1974	Veränderung	1973	1974	Veränderung	1973	1974	Veränderung
	DM		%	DM		%	DM		%
Insgesamt									
II	2 651	2 918	10,1	2 791	3 064	9,8	2 190	2 422	10,6
III	1 787	1 966	10,0	2 159	2 393	10,8	1 569	1 761	12,2
IV	1 275	1 400	9,8	1 750	1 891	8,1	999	1 195	19,6
V	1 078	1 170	8,5	1 327	1 390	4,7	905	1 016	12,3
Insgesamt	1 781	1 978	11,1	2 276	2 522	10,8	1 345	1 525	13,4
Männer									
II	2 701	2 978	10,2	2 799	3 069	9,6	2 308	2 531	9,7
III	1 940	2 118	9,2	2 179	2 415	10,8	1 726	1 936	12,2
IV	1 525	1 629	6,8	1 851	2 014	8,8	1 265	1 450	14,6
V	1 339	1 491	11,4	1 535	1 589	3,5	1 134	1 241	9,5
Zusammen	2 145	2 352	9,7	2 325	2 575	10,7	1 742	1 934	11,0
Frauen									
II	2 301	2 526	9,8	2 355	2 760	17,2	1 717	1 959	14,1
III	1 593	1 773	11,3	1 771	1 972	11,4	1 344	1 515	12,7
IV	1 183	1 317	11,3	1 288	1 440	11,9	913	1 116	22,2
V	1 004	1 076	7,1	1 050	1 162	10,7	849	961	13,2
Zusammen	1 384	1 558	12,6	1 551	1 739	12,1	1 044	1 223	17,2

rend im Vorjahreszeitraum das umgekehrte Verhältnis zu beobachten war. Für alle kaufmännischen Angestellten im Handel ergab sich eine Veränderung von + 13,4%, wobei die weiblichen Arbeitnehmer mit + 17,2% erheblich besser abschnitten als die männlichen Angestellten (+ 11,0%). In den recht erheblichen Unterschieden zwischen den jeweiligen Mittelwerten für die Monatsverdienste - in der Industrie waren diese für kaufmännische Angestellte um etwa 450 DM höher als im Handel,

bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe - drückten sich vor allem die unterschiedlichen Anforderungen an die berufliche Qualifikation aus. Wie die Ergebnisse der letzten Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen zeigten, liegen die Anteile der unteren Leistungsgruppen beim Handel, dem Kredit- und Versicherungsgewerbe seit jeher über dem Gesamtdurchschnitt der für alle Wirtschaftsbereiche ermittelten Werte.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Erwerbstätigkeit 1974

In dem Zeitraum zwischen den großen Volks- und Berufszählungen werden Daten für den Bereich der Bevölkerung und des Erwerbslebens benötigt, die in kurzer Zeit und mit vertretbarem Aufwand zu erhalten sind. Für diesen Zweck wird jährlich eine Repräsentativstatistik, der sogenannte Mikrozensus, durchgeführt, im Jahre 1974 in der Berichtswoche vom 21. bis 27. April.

Da die Genauigkeit derartiger Repräsentativstatistiken von der Zahl der erfaßten Einheiten abhängig ist, kann für Rheinland-Pfalz nur die 1%-Auswahl mit rund 12 000 erfaßten Haushalten einigermaßen gesicherte Ergebnisse liefern. Ungeeignet auf Landesebene ist dagegen die viermalige Befragung mit einem Auswahlatz von 0,1%.

Die Befragungsergebnisse werden hochgerechnet und auf volle Tausend auf- bzw. abgerundet. In den folgenden Übersichten sind wegen der nicht ausschließenden Stichprobenfehler Zahlenwerte, die zwischen 5 000 und 10 000 (50 bis 100 in der Stich-

probe erfaßte Fälle) liegen, in Klammern gesetzt, weil ihr Aussagewert nicht voll gesichert ist. Darunter liegende Werte (weniger als 50 erfaßte Fälle) sind ausgepunktet. Deshalb kann die Addition einer Reihe oder Spalte der Textübersichten nicht immer die ausgewiesene Summe ergeben.

Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung liegt bei 44%

Zum Zeitpunkt der Befragung wurden von den 3,697 Mill. Personen der Wohnbevölkerung 1,613 Mill. zu den Erwerbspersonen gezählt. Die sich ergebende Erwerbsquote von 44% liegt um 1 Prozentpunkt über dem Ergebnis des Jahres 1973. Von den Erwerbspersonen gehörten 1,590 Mill. (99%) zur Gruppe der Erwerbstätigen. Darunter werden, nach dem Erhebungskonzept des Mikrozensus, alle Personen verstanden, die aktiv am Erwerbsleben teilnehmen. Ohne Bedeutung ist dabei, ob die Tätigkeit regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübt

Altersgruppe	Ins- gesamt	Männer	Frauen		
			zu- sammen	ledig	ver- heiratet
Wohnbevölkerung (1 000)					
unter 15 Jahre	789	409	380	380	-
15 - 20 "	287	148	139	132	(7)
20 - 25 "	258	135	123	57	64
25 - 30 "	205	107	98	11	84
30 - 35 "	243	121	122	(7)	110
35 - 40 "	273	147	125	(8)	111
40 - 45 "	238	121	117	(8)	102
45 - 50 "	231	111	120	12	97
50 - 55 "	240	102	138	12	107
55 - 60 "	146	62	84	(6)	55
60 - 65 "	228	93	135	10	77
65 - 70 "	209	87	122	11	58
70 und mehr "	352	129	223	33	54
Insgesamt	3 697	1 771	1 926	691	927
Erwerbspersonen (1 000)					
unter 15 Jahre	(.)	(.)	(.)	(.)	-
15 - 20 "	155	84	71	67	(.)
20 - 25 "	206	116	90	49	40
25 - 30 "	153	100	53	11	41
30 - 35 "	177	118	60	(7)	49
35 - 40 "	203	145	58	(8)	46
40 - 45 "	174	118	56	(7)	45
45 - 50 "	161	106	55	11	38
50 - 55 "	154	95	59	10	40
55 - 60 "	81	53	29	(5)	16
60 - 65 "	87	59	29	(6)	14
65 - 70 "	33	20	13	(.)	(5)
70 und mehr "	27	14	13	(5)	(.)
Insgesamt	1 613	1 027	585	189	340
Erwerbsquoten (%)					
unter 15 Jahre	(.)	(.)	(.)	(.)	-
15 - 20 "	54	57	51	51	(.)
20 - 25 "	80	86	73	86	63
25 - 30 "	75	93	54	100	49
30 - 35 "	73	98	49	(100)	45
35 - 40 "	74	99	46	(100)	41
40 - 45 "	73	98	48	(88)	44
45 - 50 "	70	95	46	92	39
50 - 55 "	64	93	43	83	37
55 - 60 "	55	85	35	(83)	29
60 - 65 "	38	63	21	(60)	18
65 - 70 "	16	23	11	(.)	(9)
70 und mehr "	8	11	6	(15)	(.)
Insgesamt	44	58	30	27	37

wird bzw. ob sie zum Lebensunterhalt beiträgt. Zu den erwerbslosen Personen waren rund 23 000 Menschen zu rechnen. Das bedeutet gegenüber 1973, als es noch 12 000 Personen waren, fast eine Verdopplung.

Von den Erwerbspersonen waren 1,027 Mill. oder 64% Männer und 585 000 Frauen, von denen 340 000 (58%) verheiratet waren. Die entsprechenden Erwerbsquoten liegen für Männer bei 58% (1973: 57%) und für Frauen bei 30% (1973: 31%). Bei den verheirateten Frauen ging die Erwerbsquote von 38% im Jahre 1973 auf 37% im Jahre 1974 zurück. Vor zehn Jahren hatten Männer noch eine Erwerbsquote von 60%, verheiratete Frauen eine solche von 35%. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet letzteres, daß heute 31 000 verheiratete Frauen mehr arbeiten als 1965.

Unterscheidet man nun bei den Erwerbsquoten nach Altersgruppen, dann zeigt die Befragung gegenüber 1973 eine leichte Zunahme der Beteiligung am Erwerbsleben in der Gruppe der 15 bis 20 Jahre alten Männer auf 57% (1973: 54%). Bei den Frauen

dieser Altersgruppe nahmen nur noch 51% am Erwerbsleben teil, während es im Mai des Vorjahres noch 52% gewesen waren. Mit zunehmendem Alter der Männer steigt deren Erwerbsquote stetig an, bis sie, wie auch 1973, in der Gruppe der 35- bis 40jährigen mit 99% ihren Höhepunkt erreicht. Danach geht sie wegen des zunehmenden Ausscheidens von Männern aus dem Erwerbsleben wieder zurück. Ursachen sind in erster Linie Krankheit und Invalidität. Bei den Frauen erreicht die Erwerbsquote bereits in der Gruppe der 20- bis 25jährigen mit 73% ihren Höhepunkt. Hier führt das nach diesem Alter vermehrt erfolgende Ausscheiden der verheirateten Frauen aus dem Erwerbsleben zu einer starken Abnahme der Erwerbsquote. Die ledigen Frauen allein haben eine etwa parallel zur männlichen verlaufende altersspezifische Erwerbsquote.

43% der erwerbstätigen Frauen sind Angestellte

Von den 1,590 Mill. Erwerbstätigen waren 699 000 im April 1974 als Arbeiter beschäftigt; sie sind mit 44% die stärkste Gruppe. Der Anteil der Angestellten ist gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozentpunkte auf 30% gestiegen, während sich die Zahl der Selbständigen um rund 20 000 auf 10% (1973: 12%) verringert hat. Ebenfalls abgenommen hat die Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen.

Eine Trennung nach dem Geschlecht ergibt deutliche Unterschiede. So sind bei den Männern nur 23% als Angestellte erwerbstätig, bei den Frauen aber 43%. Dagegen sind zwar 52% der Männer,

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im April 1974

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft	Pro- duzie- rendes Ge- werbe	Handel und Verkehr	Dienst- lei- stungen
	1 000				
Insgesamt					
Selbständige	164	52	39	38	35
Mithelfende Familienangehörige	115	81	12	11	11
Beamte / Richter	137	(.)	(.)	39	97
Angestellte	475	(.)	159	119	195
Arbeiter	699	14	503	77	105
Insgesamt	1 590	151	714	282	443
%	100	9	45	18	28
Männer					
Selbständige	126	42	36	24	24
Mithelfende Familienangehörige	16	12	(.)	(.)	(.)
Beamte / Richter	121	(.)	(.)	36	84
Angestellte	228	(.)	103	47	77
Arbeiter	523	10	411	58	45
Zusammen	1 013	67	550	165	231
%	100	7	54	16	23
Frauen					
Selbständige	38	10	(.)	14	11
Mithelfende Familienangehörige	100	69	12	10	(9)
Beamte / Richter	16	-	(.)	(.)	13
Angestellte	247	(.)	56	72	118
Arbeiter	176	(.)	92	19	60
Zusammen	577	85	163	117	212
%	100	15	28	20	37

aber nur ein knappes Drittel der Frauen als Arbeiter beschäftigt. Weiterhin ist die Rolle der Männer als mithelfende Familienangehörige fast völlig ohne Bedeutung (2%), während bei den Frauen immerhin noch jede Sechste diese Stellung im Beruf angab.

Auch eine Aufteilung auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt, daß gut 20% der Frauen als Angestellte im Dienstleistungsbereich arbeiten, bei den Männern aber 41% als Arbeiter im produzierenden Gewerbe. Bei den männlichen Selbständigen ist ein Drittel in der Land- und Forstwirtschaft tätig, während bei den Frauen dieser Gruppe 37% im Bereich Handel und Verkehr arbeiten.

Von den Erwerbstätigen insgesamt sind 45% (1973: 43%) im produzierenden Gewerbe tätig, in der Land- und Forstwirtschaft 9% gegenüber 12% im Vorjahr. Der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr hat 18%, der Dienstleistungsbereich 28% der Erwerbstätigen zu verzeichnen.

Von den Männern sind über die Hälfte (54%) dem produzierenden Gewerbe, 16% dem Bereich Handel und Verkehr, 23% dem Dienstleistungsbereich und 7% der Land- und Forstwirtschaft zuzuordnen. Bei den weiblichen Erwerbstätigen dagegen ist der Dienstleistungsbereich mit 37% am stärksten vertreten. Es folgen das produzierende Gewerbe mit 28% und Handel und Verkehr mit 20%. Bedingt durch die große Zahl der mithelfenden weiblichen Familienangehörigen entfallen hier noch 15% auf den Bereich Land- und Forstwirtschaft.

Trotz eigener Erwerbstätigkeit leben 15% der Frauen überwiegend von ihren Angehörigen

Bei der Frage nach dem überwiegenden Lebensunterhalt der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen und der Nichterwerbspersonen ergab die Erhebung folgende Ergebnisse, wobei die Erwerbslosen aufgrund der kleinen Zahl (1974 rund 1%) nicht näher untersucht werden können: Im April 1974 waren 43% der Wohnbevölkerung erwerbstätig, 2,084 Mill. (56%) zählten zu den Nichterwerbspersonen. Bei der Mikrozensusbefragung 1965 waren noch 45% der Wohnbevölkerung Erwerbstätige und 55% Nichterwerbspersonen. In diesem Zeitraum hat die Zahl der Erwerbstätigen zwar um rund 14 000 Personen zugenommen, ihr Anteil an der Wohnbevölkerung allerdings ist gesunken.

Von den 1,590 Mill. Erwerbstätigen lebten im Berichtsmonat 1,428 Mill. (90%) überwiegend aus ihrer Erwerbstätigkeit, 3% überwiegend von Renten und 7% von ihren Angehörigen. Im Mai 1965 lebten erst 86% der Erwerbstätigen überwiegend aus ihrer Erwerbstätigkeit, 10% noch von ihren Angehörigen. Eine geschlechtsbezogene Betrachtung zeigt, daß von den erwerbstätigen Männern 94% (1965: 91%) ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus dieser Erwerbstätigkeit bezogen. Bei den er-

Wohnbevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt
im April 1974

Überwiegender Lebensunterhalt	Insgesamt	Männer	Frauen
	1 000		
Erwerbstätige			
Erwerbstätigkeit	1 428	955	473
Arbeitslosengeld	(.)	(.)	-
Rente	43	23	20
Angehörige	118	35	84
Insgesamt	1 590	1 013	577
%	100	64	36
Erwerbslose			
Arbeitslosengeld	14	10	(5)
Rente	(.)	(.)	(.)
Angehörige	(6)	(.)	(.)
Insgesamt	23	14	(9)
%	100	62	(38)
Nichterwerbspersonen			
Rente	579	255	325
Angehörige	1 505	439	1 016
Insgesamt	2 084	744	1 341
%	100	36	64

werbstätigen Frauen liegt dieser Prozentsatz mit 82% (1965: 79%) deutlich niedriger. Der Grund dafür, daß 15% der Frauen trotz vorliegender Erwerbstätigkeit überwiegend von ihren Angehörigen, im Normalfall also vom Ehemann, leben, ist in der stärker verbreiteten Teilzeitarbeit zu finden, die zwar zum Familieneinkommen beiträgt, aber aufgrund des geringeren Umfanges weniger ins Gewicht fällt.

Bei den Nichterwerbspersonen, zu denen auch 824 000 Kinder unter 15 Jahren gehörten, waren 1974 nur 36% Männer, aber 64% Frauen. In der Befragung 1965 waren 34% männlichen und 66% weiblichen Geschlechts. Von den rund 744 000 männlichen Nichterwerbspersonen - mehr als die Hälfte (57%) waren Kinder - bestritten 1974 etwa 34% ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Renten, der Rest lebte von dem Einkommen seiner Angehörigen. Dagegen hatten 1965 erst 26% dieser Gruppe den überwiegenden Lebensunterhalt aus Renten bezogen. Ein anderes Bild zeigt sich bei den 1,341 Mill. weiblichen Nichterwerbspersonen, von denen 30% Kinder waren. Hier bestritten in 1974 nur 24% (1965: 20%) ihren Lebensunterhalt durch Renten. Daß etwa drei Viertel der nicht erwerbstätigen Frauen überwiegend von ihren Angehörigen lebten, liegt außer an den unter 15 Jahre alten Kindern, die vorwiegend zu dieser Gruppe gerechnet werden müssen, in erster Linie an der hohen Zahl von sogenannten Nur-Hausfrauen. Der Personenkreis der verheirateten weiblichen Nichterwerbspersonen hat an der Gruppe der gesamten weiblichen Nichterwerbspersonen immerhin einen Anteil von 44%, an der gesamten Wohnbevölkerung von 16%. Hier hat sich auch gegenüber dem Jahr 1965 keine nennenswerte Veränderung ergeben.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen

Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1971

Nach dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) wurde für das Jahr 1971 wieder eine Einkommensteuerstatistik durchgeführt. Naturgemäß kann es nicht der primäre Zweck einer Totalstatistik vom Umfang der nur im Abstand von drei Jahren erhobenen Einkommensteuerstatistik sein, möglichst zeitnahes Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen. Bei der Beurteilung des Zeitpunkts der Fertigstellung der Statistikergebnisse darf nicht vergessen werden, daß angesichts der einer Vielzahl von Steuerpflichtigen eingeräumten weit hinausgeschobenen Abgabetermine für die Steuererklärungen die Finanzverwaltung erst zu einem vergleichsweise späten Termin die Einkommensteueranmeldungen - sie bilden die Erhebungsgrundlage der Statistik - abschließen kann. Die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik dienen daher in erster Linie als Ausgangsmaterial für steuer- und sozialpolitische Entscheidungen wie auch für Analysen hinsichtlich der Struktur der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen und ihrer Einkünfte und für die Beobachtung der langfristigen Entwicklungsverläufe.

Als Erhebungsunterlagen dienten fast ausschließlich die im Rahmen der maschinellen Einkommensteuerveranlagungen angefallenen Datenbänder des Rechenzentrums der Oberfinanzdirektion Koblenz, die lediglich um einige, für die Statistik erforderliche Daten ergänzt worden waren. Nachdem drei Jahre zuvor noch rund

Zahl der Einkommensteuerpflichtigen um ein Drittel höher als 1968

Die Einkommensteuerstatistik weist lediglich die zur Einkommensteuer veranlagten natürlichen Personen und ihre Einkünfte bzw. Einkommen aus, wobei zusammen veranlagte Ehegatten als ein einziger Steuerpflichtiger zählen; die Gewinne der juristischen Personen unterliegen der Körperschaftsteuer und werden demgemäß durch die Körperschaftsteuerstatistik erfaßt. In den Veranlagungslisten (V-Listen) der rheinland-pfälzischen Finanzämter wurden im Jahre 1971 insgesamt 427 675 Einkommensteuerpflichtige geführt, von denen jedoch bei 28 880 wegen Geringfügigkeit der Einkünfte von einer Veranlagung abgesehen wurde (nv-Fälle). Bei 5 660 der 398 800 Veranlagten führte die Veranlagung zu einem Verlust, während 393 140 Einkommensteuerpflichtige mit Einkommen ausgewiesen werden, das heißt das veranlagte Einkommen ergab einen positiven Betrag. Das veranlagte Einkommen errechnet sich aus dem um die ausländischen Steuern vom Einkommen, um den Freibetrag für freie Berufe sowie die Sonderausgaben reduzierten Gesamtbetrag der Einkünfte. Während sich die Zahl der Verlustfälle zwischen 1965 und 1968 noch um 86,6% erhöht hatte, lag ihre Zahl 1971 nur um 6,1% höher als drei Jahre zuvor. Von der Gesamtheit der mit einem positiven Einkommen Veranlagten waren rund 393 000 unbeschränkt steuerpflichtig; die Statistik ermittelte lediglich 842 beschränkt Einkommensteuerpflichtige, die als Ausländer gemäß § 1 Abs. 2 EStG nur mit ihren inländischen Einkünften im Sinne des § 49 EStG einkommensteuerpflichtig waren. Fast 26 800 oder 6,8% aller unbeschränkt Steuerpflichtigen waren Nichtsteuerbelastete, womit sich ihre Zahl gegenüber 1968 um immerhin fast ein Drittel (— 30,7%) verringerte, während die Zahl der Steuerbelasteten im gleichen Zeitraum um 44,2% auf 365 550 anstieg. Diese Entwicklung beweist, daß immer mehr Einkommensteuerveranlagte in höhere und damit der Steuer unterworfenen Einkommensschichten hineingewachsen sind.

Da sowohl die Verlustfälle, die nicht mehr als 1,4% aller Veranlagungen ausmachten, als auch die beschränkt Einkommensteuerpflichtigen - ihre Gesamtzahl lag 1971 bei 895 - nur von untergeordneter Bedeutung sind, beziehen sich die folgenden Ausführungen, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt wird, jeweils auf die mit einem positiven Einkommensbetrag veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen. Ihre Zahl belief sich 1971 auf genau 392 294, das sind 100 100 Steuerpflichtige oder ein gutes Drittel mehr als drei Jahre vorher.

Zwei Drittel aller Veranlagten waren Arbeitnehmer

Eine Differenzierung nach der überwiegenden Einkunftsart der erfaßten Fälle zeigt, daß die Zahl

Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige,
Gesamtbetrag der Einkünfte und Steuerschuld 1950 - 1971

Jahr	Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte		Steuerschuld	
	Anzahl	Mill. DM	DM je Steuerpflichtigen	Mill. DM	% des Einkommens
1950	207 571	1 028,4	4 954	151,6	16,5
1954	214 739	1 482,3	6 903	226,7	17,4
1957	205 581	1 971,6	9 590	298,4	17,4
1961	204 098	3 246,0	15 904	571,7	20,1
1965	247 283	4 979,9	20 139	862,4	20,1
1968	292 184	6 317,5	21 622	1 070,4	20,0
1971	392 294	11 331,5	28 885	2 110,3	21,6

20% der Einkommensteuerpflichtigen manuell veranlagt wurden, waren es 1971 nur noch etwa 5%. In den Fällen nichtmaschineller Veranlagung wurden Statistische Blätter als Erhebungsgrundlage verwendet. Sie wurden von den Finanzämtern als anonymisierte Durchschriften der Steuerbescheide mit einigen zusätzlichen Angaben aus den Steuerakten erstellt.

Da sich gegenüber der Statistik des Jahres 1968 weder beim Einkommensteuerrecht noch beim statistischen Erhebungs- und Aufbereitungskonzept grundlegende Änderungen ergaben, sind die vorliegenden Daten weitgehend mit denjenigen der vorangegangenen Erhebung vergleichbar.

Art der Steuerpflicht	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte		Einkommen		Steuerschuld	
	Anzahl	Veränderung zu 1968 in %	Mill. DM	Veränderung zu 1968 in %	Mill. DM	Veränderung zu 1968 in %	Mill. DM	Veränderung zu 1968 in %
Veranlagte mit Einkommen	393 136	34,2	11 349,6	79,3	9 781,8	82,2	2 117,9	96,9
Unbeschränkt Steuerpflichtige	392 294	34,3	11 331,5	79,4	9 763,9	82,3	2 110,3	97,1
Steuerbelastete	365 549	44,2	11 156,3	83,9	9 653,2	86,2	2 110,3	97,1
Nichtsteuerbelastete	26 745	- 30,7	175,2	- 29,8	110,7	- 35,3	-	-
Beschränkt Steuerpflichtige	842	3,8	18,1	45,1	17,9	45,8	7,6	45,0
Veranlagte mit Verlusten	5 656	6,1	- 36,7	7,5	- 78,5	18,1	-	-
Unbeschränkt Steuerpflichtige	5 603	6,1	- 36,4	8,0	- 78,1	18,4	-	-
Beschränkt Steuerpflichtige	53	1,9	- 0,3	- 30,4	- 0,4	- 22,8	-	-
Nichtveranlagte	28 883	1,2	-	-

der Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit in diesem Zeitraum ebenfalls um gut 100 000, also im gleichen Umfang, zunahm. Da gleichzeitig die Veranlagten mit überwiegenden Einkünften aus anderen Einkunftsarten zahlenmäßig nur unwesentlich zu- oder abnahmen, ist festzustellen, daß der Zuwachs an unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen fast ausschließlich auf die Zunahme an Arbeitnehmer-Veranlagungen zurückzuführen ist, nachdem immer mehr abhängig Beschäftigte mit ihren Einkünften die Veranlagungsgrenzen überschritten.

Gemäß § 46 EStG in der für den Veranlagungszeitraum 1971 gültigen Fassung war eine Einkommensteuer-Veranlagung beim Bezug von Einkommen, das ganz oder teilweise aus Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit besteht, vorzunehmen, wenn sich das Einkommen auf mehr als 24 000 DM jährlich belief. Bei Lohneinkünften aus mehr als einem Dienstverhältnis erfolgte eine Veranlagung bereits, wenn der zu versteuernde Einkommensbetrag 16 000 DM (Ehegatten) bzw. 8 000 DM (übrige Personen) überstieg. Schließlich wurden Arbeitnehmer auch dann zur Einkommensteuer veranlagt, sofern sie Einkünfte aus anderen Einkunftsarten von mehr als 800 DM jährlich erzielten. Ab dem Kalenderjahr 1974 sind die Einkommensgrenzen für die Veranlagung von Arbeitnehmern erstmals und ab 1975 ein weiteres Mal mit dem Ziel heraufgesetzt worden, eine geringere Zahl bzw. einen geringeren Anstieg der Zahl der Arbeitnehmer-Veranlagungen zu erreichen. Der Umfang der Errichtung von Eigenheimen durch unselbständig Tätige hat im übrigen ebenfalls Einfluß auf die Anzahl der Veranlagungen von Arbeitnehmern, da die in aller Regel erfolgende Inanspruchnahme erhöhter Abschreibungen (§ 7 b EStG) zu einem Verlust aus der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung führt und dann gemäß § 46 Abs. 2 Ziff. 4 EStG unabhängig von der Einkommenshöhe eine Veranlagung vorzunehmen ist.

Nachdem die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit drei Jahre zuvor erstmals über die Hälfte aller unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen ausmachten, erhöhte sich ihr Anteil im Jahre 1971 auf nicht weniger als zwei Drittel. Die gestiegene Zahl der Einkommensteuerveranlagungen spiegelt sich auch in einer höheren Veranlagungsdichte - das ist die Zahl der Veranlagten in Relation zur Einwohnerzahl - wider. Während 1965 auf 1 000 Einwohner 69 und

drei Jahre später 80 Veranlagungen kamen, errechnen sich für 1971 immerhin 107.

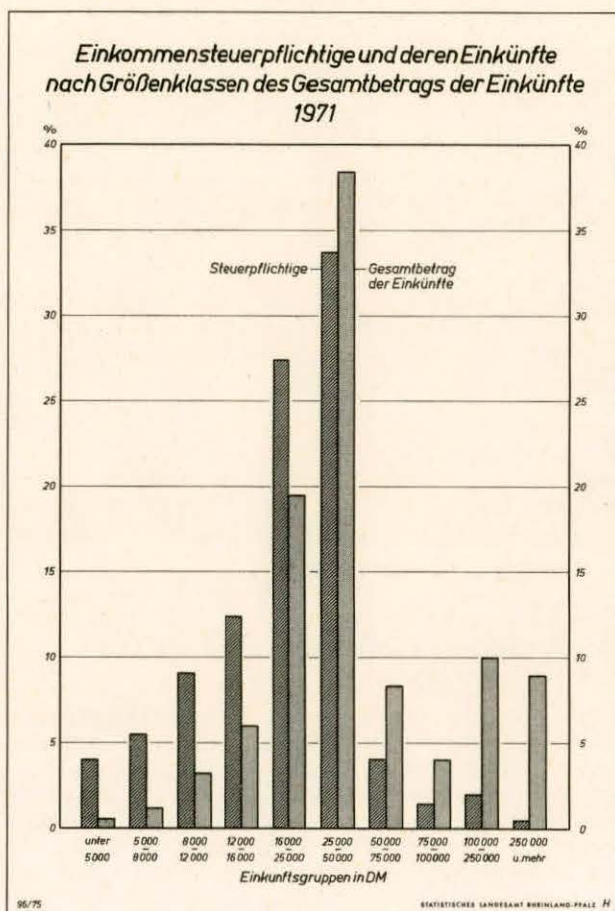
Durchschnittseinkünfte je Steuerpflichtigen auf 28 885 DM gestiegen

Das Steuerrecht unterscheidet zwischen den Einkommensbegriffen „Gesamtbetrag der Einkünfte“ und „veranlagtes Einkommen“. Der Gesamtbetrag der Einkünfte errechnet sich aus der Addition der Einkünfte aus den sieben im EStG aufgeführten Einkunftsarten, wobei ein Ausgleich der eventuell bei einer oder mehreren Einkunftsarten entstandenen Verluste mit den positiven Beträgen der übrigen Einkunftsquellen vorzunehmen ist. Vermindert man den Gesamtbetrag der Einkünfte um eventuelle Freibeträge für freie Berufe und insbesondere um die Sonderausgaben, so ergibt sich das veranlagte Einkommen. Nach allgemeiner Auffassung kommt der Gesamtbetrag der Einkünfte dem effektiven Einkommen am nächsten, da in dieser Größe die als Einkommen im ökonomischen Sinne anzusehenden Sonderausgaben sowie die Freibeträge für freie Berufe noch enthalten sind.

Der von den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen im Jahre 1971 erzielte Gesamtbetrag der Einkünfte belief sich auf 11,33 Mrd. DM, das bedeutet gegenüber 1968 einen Anstieg um annähernd vier Fünftel. Da sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Steuerpflichtigen nur um 34,2% erhöhte, stieg der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen von 21 622 DM auf nunmehr 28 885 DM und erreichte damit eine neue Höchstmarke. Dieser Durchschnittswert, der zwischen 1965 und 1968 angesichts der wirtschaftlichen Rezession von 1966/67 nur eine Zuwachsrate von 7,4% erreicht hatte, lag 1971 um ein Drittel höher als 1968. Das veranlagte Einkommen der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen war mit 9,76 Mrd. DM um 82,3% höher als drei Jahre vorher. Zwischen 1965 und 1968 hatte sich das Einkommen dagegen lediglich um ein Viertel erhöht.

Durchschnittliche Steuerbelastung des Einkommens bei 21,6%

Für die unbeschränkt Steuerpflichtigen weist die Statistik eine Einkommensteuerschuld in Höhe von 2 110 Mill. DM aus, was gegenüber 1968 einem An-



stieg um 97,1% entspricht. Damit liegt die Steigerungsrate deutlich über denjenigen des Gesamtbetrags der Einkünfte (+ 79,4%) und des Einkommens (+ 82,3%). Dieser überproportionale Anstieg läßt den Schluß zu, daß immer mehr Einkommensteuerveranlagte in den Progressionsbereich des Einkommensteuertarifs hineingewachsen sind.

Die durchschnittliche steuerliche Belastung des Einkommens, die in den vorhergehenden Statistikjahren 1961, 1965 und 1968 bei etwa 20% gelegen hatte, erhöhte sich 1971 auf 21,6%, das sind 1,6 Prozentpunkte mehr als drei Jahre vorher. Auch in

der Steuerlastquote spiegelt sich also die Progressionswirkung des Steuertarifs wider. Je Einwohner des Landes errechnet sich eine Einkommensteuerschuld von 575 DM (1968: 295 DM).

9 300 Einkommensteuer-Veranlagte mit Einkünften von mindestens 100 000 DM

Der Trend zu höheren Einkünften zeigt sich darin, daß gegenüber 1968 die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen ebenso wie ihr prozentualer Anteil in allen Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte bis unter 12 000 DM abgenommen haben. Jahreseinkünfte von weniger als 12 000 DM wurden 1965 noch von 48% und 1968 von 39,5% aller Steuerpflichtigen erzielt, wogegen 1971 nur noch 18,6% der Veranlagten unterhalb dieser Grenze blieben. Dagegen haben die Steuerpflichtigen insbesondere in den Einkunftsgruppen von 16 000 bis 75 000 DM einen starken zahlenmäßigen Zuwachs erfahren, so daß nunmehr auf diesen Bereich fast zwei Drittel (65,2%) aller Veranlagten entfallen. Die höchsten Zuwachsraten ergeben sich mit + 193% und + 113,8% in den Größenklassen 25 000 bis 50 000 DM und 50 000 bis 75 000 DM. Spitzeneinkünfte von 100 000 DM und mehr erreichten gut 9 300 oder 2,4% der Einkommensteuerpflichtigen, darunter waren 143 (1968: 90) Einkunftsmillionäre, die immerhin 3,5% des Gesamtbetrags der Einkünfte auf sich vereinigen konnten.

Bemerkenswert ist, daß in allen Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte bis unter 25 000 DM der jeweilige prozentuale Anteil der Veranlagten an den Einkünften niedriger ist als ihrem zahlenmäßigen Anteil entsprechen würde. Insgesamt vereinigen die Steuerpflichtigen mit Einkünften bis 25 000 DM nur 30,4% der Einkünfte auf sich, obwohl sie 58,4% aller Einkommensteuerveranlagten stellen.

Die Steuerbelastung des veranlagten Einkommens, die im Durchschnitt aller Einkommensteuerpflichtigen 21,6% betrug, steigt entsprechend der Progression des Einkommensteuertarifs von der un-

Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und Steuerbelastung nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte 1968 und 1971

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte	Steuerpflichtige					Gesamtbetrag der Einkünfte					Steuerschuld	
	1968		1971		Veränderung	1968		1971		Veränderung	1968	1971
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mill,DM	%	Mill, DM	%		% des Einkommens	
unter 3 000 DM	6 121	2,1	4 926	1,3	- 19,5	13,2	0,2	10,5	0,1	- 20,6	0,6	0,6
3 000 - 5 000 "	14 491	5,0	10 780	2,7	- 25,6	59,2	0,9	43,8	0,4	- 26,0	2,2	2,2
5 000 - 8 000 "	33 939	11,6	21 700	5,5	- 36,1	224,1	3,5	141,9	1,2	- 36,7	4,3	5,0
8 000 - 12 000 "	60 810	20,8	35 829	9,1	- 41,1	608,4	9,6	361,7	3,2	- 40,5	6,9	7,8
12 000 - 16 000 "	48 513	16,6	48 573	12,4	0,1	672,2	10,6	682,8	6,0	1,6	9,7	10,0
16 000 - 25 000 "	67 013	22,9	107 608	27,4	60,6	1 349,7	21,4	2 205,4	19,5	63,4	13,3	13,2
25 000 - 50 000 "	45 161	15,5	132 317	33,7	193,0	1 485,8	23,5	4 348,6	38,4	192,7	17,2	17,5
50 000 - 75 000 "	7 431	2,5	15 889	4,1	113,8	446,8	7,1	946,5	8,3	111,8	24,2	24,2
75 000 - 100 000 "	3 405	1,2	5 346	1,4	57,0	293,6	4,7	459,1	4,0	56,4	29,3	29,3
100 000 - 250 000 "	4 438	1,5	7 689	2,0	73,3	637,1	10,1	1 128,4	10,0	77,1	36,2	36,5
250 000 - 500 000 "	606	0,2	1 159	0,3	91,3	201,5	3,2	384,0	3,4	90,6	44,6	44,4
500 000 - 1 Mill. "	166	0,1	335	0,1	101,8	117,5	1,9	223,4	2,0	90,1	48,0	47,1
1 Mill. und mehr "	90	0,0	143	0,0	58,9	208,4	3,3	395,3	3,5	89,7	50,3	48,1
Insgesamt	292 184	100,0	392 294	100,0	34,3	6 317,5	100,0	11 331,5	100,0	79,4	20,0	21,6

Einkunftsarten der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen 1968 und 1971

Einkunftsart	Fälle				Einkünfte				Einkünfte je Fall
	1968	1971	Veränderung		1968	1971	Veränderung		1971
	Anzahl		%		1 000 DM		%		DM
Land- und Forstwirtschaft	30 578	31 699	4,9	3,7	255 013	341 615	2,9	34,0	10 777
Gewerbebetrieb	113 821	112 344	17,2	- 1,3	2 413 608	3 362 617	28,2	39,3	29 931
Selbständige Arbeit	19 177	22 161	3,4	15,6	599 186	856 095	7,2	42,9	38 631
Nichtselbständige Arbeit	192 052	299 360	46,0	55,9	3 019 885	6 785 270	56,9	124,7	22 666
Kapitalvermögen	49 280	65 503	10,1	32,9	155 621	251 460	2,1	61,6	3 839
Vermietung und Verpachtung	66 326	76 364	11,7	15,1	187 665	257 404	2,2	37,2	3 371
Sonstige Einkünfte	29 936	43 421	6,7	45,0	32 537	60 732	0,5	86,7	1 399
Summe der Einkünfte	501 170	650 852	100,0	29,9	6 663 515	11 915 193	100,0	78,8	18 307

tersten bis zur höchsten Einkunftsgrößenklasse mehr oder weniger kontinuierlich an. Bei Einkünften von weniger als 3 000 DM ergibt sich eine einkommensteuerliche Belastung von 0,6%, bei solchen von 1 Mill. DM und mehr macht sie mit 48,1% fast die Hälfte des Einkommens aus. Bis zu einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 50 000 DM liegt die Steuerlastquote mit maximal 17,5% noch unterhalb der Durchschnittsbelastung aller Einkünfte.

Weniger Steuerpflichtige mit Einkünften aus Gewerbebetrieb

Im Einkommensteuerrecht werden sieben Einkunftsarten unterschieden. Einkünfte sind der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit sowie der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten bei nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie bei den sonstigen Einkünften im Sinne des § 22 EStG. Den 392 300 unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen flossen in 650 900 Fällen Einkünfte aus einer der sieben Einkunftsarten zu. Dies bedeutet, daß viele

Veranlagte Einkünfte aus mehr als einer Einkunftsart erzielten. Im statistischen Durchschnitt bezog 1971 jeder Steuerpflichtige Einkünfte aus 1,65 Einkunftsarten. Die Zahl der Einkunftsarten erhöhte sich im Vergleich zu 1968 um 29,9% und damit weniger stark als die der Steuerpflichtigen im gleichen Zeitraum (+ 34,3%). Die durchschnittlichen Einkünfte je Fall stiegen von 13 300 DM im Jahre 1968 auf 18 300 DM.

Sowohl hinsichtlich der Fallzahl als auch der Höhe der Einkünfte dominieren die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit im Vergleich zu den anderen Einkunftsquellen ganz eindeutig. Die Zahl der Fälle mit Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit hatte mit + 55,9% gegenüber der Erhebung von 1968 die höchste Zuwachsrate zu verzeichnen; sie liegt nunmehr bei 229 360, das sind 46% aller Fälle. Die Einkünfte aus dieser Einkunftsart waren sogar um knapp 125% höher als drei Jahre zuvor und machten mit annähernd 6,79 Mrd. DM 57% der Summe aller Einkünfte aus. Bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb ist bereits seit 1965 ein zahlenmäßiger Rückgang zu verzeichnen, der sich zwi-

Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nach überwiegender Einkunftsart 1971

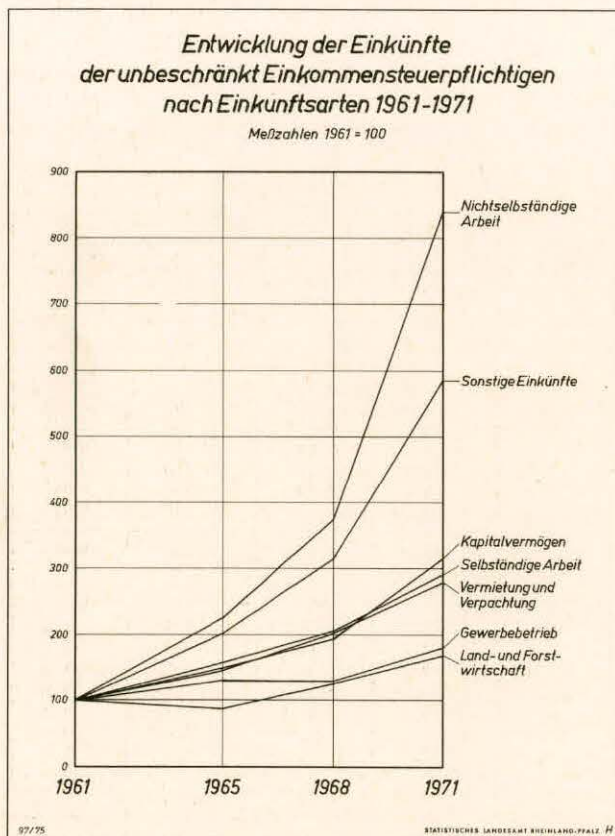
Überwiegende Einkunftsart	Summe der Einkünfte	Einkünfte aus						
		Land- und Forstwirtschaft	Gewerbebetrieb	selbständiger Arbeit	nichtselbständiger Arbeit	Kapitalvermögen	Vermietung und Verpachtung	sonstigen Einkünften
Fälle								
Land- und Forstwirtschaft	29 308	18 548	1 582	59	1 521	3 110	2 343	2 145
Gewerbebetrieb	188 514	4 135	87 195	792	30 937	22 526	30 287	12 642
Selbständige Arbeit	23 693	88	544	10 038	4 433	5 217	2 231	1 142
Nichtselbständige Arbeit	368 138	8 071	20 628	10 781	259 000	24 549	28 183	16 926
Kapitalvermögen	12 214	282	544	250	1 089	5 107	2 315	2 627
Vermietung und Verpachtung	23 124	506	1 560	176	1 443	4 084	9 908	5 447
Sonstige Einkünfte	5 856	69	290	65	934	910	1 096	2 492
Insgesamt ¹⁾	650 852	31 699	112 344	22 161	299 360	65 503	76 364	43 421
Mill. DM								
Land- und Forstwirtschaft	319,7	292,8	7,6	0,1	7,6	5,9	4,4	1,2
Gewerbebetrieb	3 611,7	15,6	3 224,5	6,7	208,6	68,2	76,3	11,9
Selbständige Arbeit	877,2	0,3	5,4	801,7	40,0	19,8	8,2	1,9
Nichtselbständige Arbeit	6 809,9	29,7	108,6	43,4	6 501,8	50,2	51,7	24,6
Kapitalvermögen	136,0	1,7	6,6	3,1	17,3	94,9	8,4	4,1
Vermietung und Verpachtung	144,0	1,5	9,0	1,0	8,5	11,2	107,0	5,8
Sonstige Einkünfte	16,6	0,1	0,9	0,1	1,5	1,3	1,3	11,3
Insgesamt ¹⁾	11 915,2	341,6	3 362,6	856,1	6 785,3	251,5	257,4	60,7

1) Einschl. der Steuerpflichtigen mit überwiegend nachzuversteuernden Beträgen.

schen 1968 und 1971 auf — 1,3% belief. In 112 350 Fällen wurden Einkünfte aus dieser Einkunftsart erzielt, das bedeutet bei einem Anteil von 17,2% (1968: 22,7%) an den gesamten Fällen den zweithöchsten Anteil. Die Summe der gewerblichen Einkünfte war mit 3,36 Mrd. DM etwa halb so hoch wie die der Arbeitnehmereinkünfte und belief sich auf 28,2% der Gesamtsumme aller Einkünfte. Rein zahlenmäßig waren die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung mit einem Anteil an den gesamten Fällen in Höhe von 11,7% die dritt wichtigste Einkunftsart, gefolgt von den Einkünften aus Kapitalvermögen (10,1%). Gemessen an der Höhe der Einkünfte rangieren jedoch die Einkünfte aus selbständiger Arbeit mit einem Anteil an der Summe der Einkünfte von 7,2% auf Platz 3.

Selbständige erzielten die höchsten Einkünfte

Aufschlußreich ist die nach Einkunftsarten vorgenommene Berechnung der Einkünfte je Fall. Danach liegen die Bezieher von Einkünften aus selbständiger Arbeit mit einem Durchschnittsbetrag je Fall von 38 600 DM deutlich an der Spitze. Zu diesem Personenkreis rechnen fast ausschließlich die freiberuflich Tätigen wie Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Notare, Architekten. Die zweithöchsten Einkünfte je Fall errechnen sich für die Gewerbetreibenden (29 900 DM), gefolgt von den Arbeitnehmern (22 700 DM) und den Land- und Forstwirten (10 800 DM). Die Durchschnittswerte der übrigen Einkunftsarten liegen deutlich unter den vorgenannten Werten, doch handelt es sich bei ihnen in aller Regel um sekundäre Einkunftsquellen.



Eine Aufgliederung der Einkünfte nach der überwiegenden Einkunftsart macht deutlich, welches Gewicht die einzelnen Einkunftsarten für die Einkommensteuerpflichtigen haben. Als überwiegend gilt grundsätzlich die Einkunftsart, bei der die Einkünfte höher sind als die jeweiligen Beträge der übrigen Einnahmearten. Die Statistik weist aus, daß von den 31 700 Fällen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft bei 18 550 oder 58,5% der Steuerpflichtigen diese Einkunftsart die überwiegende war. Mit 293 Mill. DM vereinigte diese Gruppe 85,7% aller land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte auf sich. Bei einem Viertel der Fälle bildeten die land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte eine Nebeneinnahme von Steuerpflichtigen mit Einnahmen überwiegend aus Arbeitnehmereinkünften. Daß dabei die landwirtschaftlichen Einkünfte eine relativ unbedeutende Rolle spielen, zeigt der Anteilsatz von nur 8,7% dieser Nebenerwerbsfälle an den gesamten land- und forstwirtschaftlichen Einkünften. Bei 87 200 Veranlagten - das sind über drei Viertel der Fälle mit Einkünften aus Gewerbebetrieb - war die gewerbliche Tätigkeit die Haupteinnahmequelle, und zwar mit einem Anteil von 3 225 Mill. DM oder nahezu 96% an der Summe der gewerblichen Einkünfte. In 20 600 Fällen (18,4%) waren die Einkünfte aus Gewerbebetrieb eine Nebeneinnahmequelle von Veranlagten, die ihre Einkünfte überwiegend aus Arbeitnehmereinkünften bezogen, doch betraf dies lediglich 3,2% aller gewerblichen Einkünfte. Nur 45,3% der Fälle, jedoch 93,6% der Einkünfte aus selbständiger Arbeit entfielen auf solche Steuerpflichtigen, für die diese Einkunftsart die vorherrschende war. Dagegen bildeten in 48,6% der Fälle - allerdings nur mit einem Anteil von 5,1% an den Einkünften - die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit Nebeneinkünfte von unselbständig Beschäftigten. Bei den veranlagten Arbeitnehmern dominieren die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit als überwiegende Einkunftsquelle mit einem Anteil von 86,5% der Fälle und 95,8% der Einnahmen eindeutig. In den übrigen Fällen handelt es sich bei den Arbeitnehmereinkünften lediglich um Nebenverdienste, und zwar in den mit Abstand meisten Fällen (10,3%) um solche von Gewerbetreibenden.

Erwartungsgemäß bedeuten die Einkünfte aus den übrigen drei Einkunftsarten in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle lediglich Nebeneinkünfte. So waren bei den Einkünften aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und den sonstigen Einkünften nur 7,8%, 13% und 5,7% der Fälle die jeweils vorherrschende Einkunftsquelle. Am relativ häufigsten bildeten die drei vorgenannten Einkunftsarten Nebeneinkünfte von Einkommensteuerpflichtigen mit überwiegender Einkünften aus Gewerbebetrieb oder nichtselbständiger Arbeit.

35% der gewerbetreibenden Einzelunternehmer waren im Handel tätig

Eine Gliederung der Steuerpflichtigen und ihrer Einkünfte nach Wirtschaftszweigen erfolgte 1971 - wie schon in der vorangegangenen Erhebung von 1968 - nur insoweit, als es sich um Einkünfte überwiegend

Einkünfte und Steuerschuld der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen mit Einkünften überwiegend aus Gewerbebetrieb¹⁾
nach Wirtschaftszweigen 1971

Systematik-Nr.	Wirtschaftszweig	Steuerpflichtige		Einkünfte überwiegend aus Gewerbebetrieb			Gesamtbetrag der Einkünfte		Einkommensteuer	
		Anzahl	%	1 000 DM	%	DM je Steuerpflichtigen	1 000 DM	%	1 000 DM	% des Einkommens
0	LAND- U. FORSTWIRTSCHAFT, TIERHALTUNG, FISCHEREI	653	0,8	17 842	0,7	27 323	19 618	0,6	3 999	24,0
1/3	PRODUZIERENDES GEWERBE	29 417	37,2	1 318 032	47,7	44 805	1 416 958	47,0	380 374	30,7
2	VERARBEITENDES GEWERBE (OH, BAUGEWERBE)	20 274	25,6	944 392	34,2	46 581	1 017 838	33,7	283 457	31,8
20	Chemisches Gewerbe u. Mineralölverarbeitung	136	0,2	59 107	2,1	434 610	59 558	2,0	24 969	46,1
21	Kunststoff-, Gummi- u. Asbestverarbeitung	144	0,2	22 676	0,8	157 472	23 929	0,8	8 100	42,8
22	Gew., Verarb. Steine, Erden; Feinkeramik, Glas	1 441	1,8	91 623	3,3	63 583	99 475	3,3	30 298	34,2
23	Eisen- u. NE-Metallerzeugn., Gießerei u. Stahlverform.	1 411	1,8	51 438	1,9	36 455	55 249	1,8	13 553	28,1
24	Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	2 192	2,8	117 339	4,3	53 531	126 129	4,2	35 597	32,0
25	Elektrotechn., Feinmech., Optik; H. v. EBM-Waren, Musikinstr., Sport- u. Schmuckwaren	2 189	2,7	108 995	3,9	49 792	116 261	3,8	34 350	33,2
26	Holz-, Papier- u. Druckgewerbe	3 874	4,9	139 603	5,1	36 036	151 473	5,0	37 779	28,8
27	Leder-, Textil- u. Bekleidungsgewerbe	2 252	2,8	85 230	3,1	37 846	92 619	3,1	24 019	29,8
28/9	Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	6 635	8,4	268 381	9,7	40 449	293 145	9,7	74 792	29,4
3	BAUGEWERBE	9 134	11,5	366 004	13,3	40 071	391 448	13,0	93 057	27,3
30	Bauhauptgewerbe	3 779	4,8	210 863	7,7	55 799	224 308	7,4	62 070	31,2
31	Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	5 355	6,7	155 141	5,6	28 971	167 140	5,6	30 987	21,7
4	HANDEL	27 604	34,9	935 918	33,9	33 905	1 041 086	34,5	246 933	27,2
40/41	Großhandel	5 186	6,6	285 090	10,3	54 973	311 309	10,3	90 947	33,0
40 0	Gh. m. Waren verschiedener Art	48	0,1	1 607	0,1	33 479	1 718	0,1	362	24,0
40 1	Gh. m. Getreide, Futter- u. Düngemitteln, Tieren	568	0,7	15 386	0,6	27 088	16 993	0,6	3 138	21,7
40 2	Gh. m. textilen Rohstoffen u. Halbwaren, Häuten	22	0,0	653	0,0	29 682	722	0,0	139	22,5
40 4	Gh. m. technischen Chemikalien u. Kautschuk	34	0,0	2 509	0,1	73 794	2 760	0,1	928	36,8
40 5	Gh. m. Kohle u. Mineralölerzeugnissen	125	0,2	5 498	0,2	43 984	5 995	0,2	1 434	27,7
40 6	Gh. m. Erzen, Eisen, NE-Metallen u. Halbzeug	47	0,1	6 215	0,2	132 234	6 569	0,2	2 470	41,9
40 7	Gh. m. Holz, Baustoffen u. ä.	608	0,8	42 052	1,5	69 164	45 658	1,5	14 282	35,0
40 8	Gh. m. Schrott u. sonstigen Abfallstoffen	271	0,3	4 402	0,2	16 244	4 785	0,2	666	16,7
41 1	Gh. m. Nahrungs- u. Genußmitteln	1 776	2,2	86 078	3,1	48 467	94 199	3,1	25 066	30,5
41 2	Gh. m. Bekleidung, Wäsche, Sportart., Schuhen	172	0,2	11 867	0,4	68 994	13 096	0,4	4 243	35,8
41 3	Gh. m. Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- u. Holzw.	296	0,4	25 072	0,9	84 703	27 237	0,9	9 277	38,4
41 4	Gh. m. elektrotechn. u. optischen Erzeugn., Uhren	323	0,4	20 091	0,7	62 201	21 606	0,7	6 306	32,5
41 6	Gh. m. Fahrzeugen u. Maschinen (a. n. g.)	316	0,4	28 789	1,0	91 104	31 464	1,0	11 106	38,8
41 7	Gh. m. techn. u. Spezialbedarf versch. Wirtschaftszw.	357	0,5	22 313	0,8	62 501	24 771	0,8	7 544	34,2
41 8	Gh. m. pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnissen	78	0,1	4 805	0,2	61 603	5 367	0,2	1 667	34,3
41 9	Gh. m. Papier, Papierwaren u. Druckerzeugnissen	145	0,2	7 753	0,3	53 469	8 369	0,3	2 319	31,0
42	Handelsvermittlung	4 468	5,6	129 233	4,7	28 924	140 663	4,7	26 722	22,1
42 0	V. v. Waren verschiedener Art	998	1,3	27 942	1,0	27 998	30 050	1,0	5 904	22,7
42 1	V. v. Getreide, Futter- u. Düngemitteln, Tieren	48	0,1	1 068	0,0	22 250	1 211	0,0	213	20,9
42 2	V. v. Rohstoffen u. Halbwaren	1 279	1,6	36 013	1,3	28 157	38 877	1,3	6 803	20,3
42 3	V. v. Nahrungs- u. Genußmitteln	591	0,8	15 789	0,6	26 716	18 131	0,6	3 334	21,8
42 4	V. v. Bekleidung, Wäsche, Sportart., Schuhen	426	0,5	12 665	0,5	29 730	13 780	0,5	2 529	21,6
42 5	V. v. Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- u. Holzw.	263	0,3	9 797	0,3	37 251	10 627	0,3	2 536	27,2
42 6	V. v. elektrotechn. u. optischen Erzeugn., Uhren	195	0,2	5 207	0,2	26 703	5 584	0,2	989	20,3
42 7	V. v. Fahrzeugen u. Maschinen	343	0,4	12 873	0,5	37 531	13 961	0,5	3 034	24,9
42 8	V. v. sonstigen Waren	186	0,2	5 123	0,2	27 543	5 542	0,2	954	20,3
42 9	Versandhandelsvertretung	139	0,2	2 756	0,1	19 827	2 900	0,1	426	17,5
43	Einzelhandel	17 950	22,7	521 595	18,9	29 058	589 114	19,5	129 264	25,2
43 0	Eh. m. Waren verschiedener Art	437	0,6	9 530	0,4	21 808	10 624	0,4	2 274	24,7
43 1	Eh. m. Nahrungs- u. Genußmitteln	7 453	9,4	133 409	4,8	17 900	154 767	5,1	23 155	17,7
43 2	Eh. m. Bekleidung, Wäsche, Sportart., Schuhen	2 887	3,6	94 986	3,5	32 901	107 694	3,6	25 533	27,1
43 3	Eh. m. Hausrat u. Wohnbedarf	1 467	1,9	49 726	1,8	33 896	55 619	1,8	13 212	27,1
43 4	Eh. m. elektrotechn. u. optischen Erzeugn., Uhren	1 689	2,1	58 251	2,1	34 488	64 499	2,1	13 983	24,9
43 5	Eh. m. Papierwaren u. Druckerzeugnissen	593	0,8	13 698	0,5	23 099	15 581	0,5	2 725	20,4
43 6	Eh. m. pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnissen	1 252	1,6	90 383	3,3	72 191	101 144	3,4	30 476	33,7
43 7	Eh. m. Kohle u. Mineralölerzeugnissen	660	0,8	16 809	0,6	25 468	18 780	0,6	3 721	23,1
43 8	Eh. m. Fahrzeugen, Maschinen u. Büroeinrichtg.	819	1,0	37 119	1,3	45 322	40 836	1,4	10 619	29,6
43 9	Eh. m. sonstigen Waren	693	0,9	17 684	0,6	25 518	19 570	0,6	3 566	21,1
5/7	ÜBRIGE WIRTSCHAFTSBEREICHE	21 475	27,1	489 110	17,7	22 776	539 612	17,9	96 970	21,0
5	VERKEHR U. NACHRICHTENÜBERMITTLUNG	4 135	5,2	135 077	4,9	32 667	144 093	4,8	30 374	24,3
6	KREDITINSTITUTE U. VERSICHERUNGSGEWERBE	1 643	2,1	47 081	1,7	28 656	50 709	1,7	10 276	23,6
60	Kredit- u. sonstige Finanzierungsinstitute	191	0,2	6 801	0,2	35 607	7 254	0,2	1 519	23,9
61	Versicherungsgewerbe	1 452	1,9	40 280	1,5	27 741	43 455	1,5	8 757	23,5
7	DIENTSTLEISTUNGEN VON UNTERNEHMEN U. FREIEN BERUFEN	15 697	19,8	306 952	11,1	19 555	344 810	11,4	56 320	19,3
0/9	Insgesamt	79 150	100,0	2 760 913	100,0	34 882	3 017 281	100,0	728 276	27,7

1) Nur Steuerpflichtige mit überwiegenden Gewinnen als Einzelunternehmer.

aus Gewerbebetrieb handelte und diese Einkünfte überwiegend als Einzelunternehmer erzielt wurden. Nicht nachgewiesen werden hier also Veranlagte, die ihre gewerbliche Tätigkeit als Gesellschafter einer Personengesellschaft ausüben, selbst wenn bei ihnen die gewerblichen Einkünfte vorherrschen.

Von den 112 340 unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen natürlichen Personen mit Einkünften aus Gewerbebetrieb überwog diese Einkunftsart bei 87 200 Steuerpflichtigen. In gut 8 000 Fällen waren die Einkünfte jedoch nicht von Einzelunternehmern erzielt worden, so daß insgesamt 79 150 Einkommensteuerpflichtige in eine wirtschaftssystematische Darstellung einzubeziehen waren. Von ihnen waren lediglich 650 oder 0,8% im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei tätig, ihr Anteil an den Einkünften überwiegend aus Gewerbebetrieb beträgt 0,7%. Im Durchschnitt beliefen sich die Einkünfte aus den land- und forstwirtschaftlichen Gewerbebetrieben auf nur 27 323 DM, was erheblich unter dem Durchschnittswert aller Steuerpflichtigen (34 882 DM) liegt. Das produzierende Gewerbe vereinigte mit 29 400, das entspricht einem Anteil von 37,2%, die relativ meisten Steuerpflichtigen mit überwiegend gewerblichen Einkünften auf sich; ihr Anteil an den Einkünften aus Gewerbebetrieb lag sogar bei 47,7%. Die durchschnittlichen Einkünfte aus dieser Einkunftsart betrugen im produzierenden Bereich

44 800 DM je Veranlagten, wobei im verarbeitenden Gewerbe mit 46 581 DM ein höherer Wert erreicht wurde als im Bausektor (40 071 DM).

Knapp 35% der Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus gewerblicher Tätigkeit waren im Handel tätig, darunter die meisten als Einzelhändler (17 950). Auf den gesamten Handelsbereich entfiel etwa ein Drittel der überwiegend gewerblich erzielten Einkünfte, wobei sich je Steuerpflichtigen mit 54 973 DM für den Großhandel ein eindeutig höherer Durchschnittswert errechnet als für den Einzelhandel (29 058 DM).

Etwas über ein Viertel (27,1%) der Steuerpflichtigen mit überwiegend gewerblichen Einkünften war den übrigen Wirtschaftsbereichen zuzurechnen. Hierunter fallen Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, im Kredit- und Versicherungswesen und in der Verkehrswirtschaft. Ihr Anteil an den gewerblichen Einkünften betrug nur 17,7%. Ungefähr drei Viertel der unter vorstehendem Sammelbegriff zusammengefaßten Einzelgewerbetreibenden waren im Dienstleistungssektor tätig, jedoch erreichten sie je Fall nur Einkünfte in Höhe von 19 555 DM gegenüber 22 776 DM, die im Durchschnitt der Gesamtheit der übrigen Wirtschaftsbereiche erzielt wurden.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 698	3 696	3 698	3 697	3 697	3 685	3 684
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 137	2 037	2 234	2 041	3 112	1 548	2 192	1 938 ^p	3 084 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,8	6,6	7,1	6,7	9,9	5,5	7,0	6,2 ^p	9,8 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 083	2 990	3 213	3 057	3 094	2 746	2 933	3 276 ^p	2 858 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,3	9,7	10,2	10,1	9,9	9,7	9,4	10,5 ^p	9,1 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 682	3 624	4 077	3 588	3 668	4 134	3 916	3 930 ^p	3 493 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	11,8	13,0	11,8	11,7	14,6	12,5	12,5 ^p	11,2 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	76	67	79	59	72	48	71
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,7	22,4	24,6	19,3	23,3	17,5	24,2
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 599	- 634	- 864	- 531	- 574	- 1 388	- 983	- 654 ^p	- 635 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,6	- 2,1	- 2,8	- 1,7	- 1,8	- 4,9	- 3,1	- 2,1 ^p	- 2,0 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 464	8 520	8 802	8 348	8 725	6 146	6 527
* Fortgezogene	Anzahl	8 997	8 947	8 964	8 728	8 048	6 390	7 053
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 467	- 427	- 162	- 380	677	- 244	- 526
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 958	10 943	10 812	10 501	10 469	8 182	8 350
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	14,7	36,3	33,2	29,5	26,1	73,3	69,7	66,1	61,4
* Männer	1 000	8,5	22,4	21,0	17,5	15,0	50,3	47,5	43,3	39,4
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	715	570	681	238	175	1 653	2 223	881	615
Bauberufe	Anzahl	1 006	4 045	4 397	3 559	2 942	9 932	9 215	7 992	6 830
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 256	15 979	15 089	12 507	11 653	33 023	31 708	30 360	28 607
Offene Stellen	Anzahl	28 810	14 621	17 115	17 323	17 492	11 778	12 785	12 696	12 961
Männer	Anzahl	18 662	8 433	10 091	10 042	9 879	6 156	6 608	6 611	6 454
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	444	244	307	297	267	211	248	287	285
Bauberufe	Anzahl	2 704	767	803	967	899	523	678	754	706
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	13 068	5 339	6 466	6 536	6 608	3 798	4 189	4 145	4 088
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	693	684	.	.	714
* Milchkühe	1 000	250	242	.	.	247
* Schweine	1 000	737	711	.	727	.	.	.	710	.
* Zuchtsauen	1 000	71	69	.	72	.	.	.	71	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	45	.	47	.	.	.	47	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	18	17	18	17	19	16	17	14
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	93	92	91	102	93	86	92	100	92
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	21	17	14	20	19	18	13
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	10,5	11,0	10,4	12,3	11,5	10,1	10,4	11,5	10,5
* Rinder	1 000 t	4,3	4,7	4,5	5,0	4,9	4,7	4,4	4,7	4,0
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,1	5,7	7,1	6,5	5,3	5,9	6,7	6,3
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	167	122	248	198	129	156	171	187	104
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	68	96	53	102	108	102	77	135	81
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	85	86	94	69	83	82	92
* an Molkereien geliefert	%	84,5	84,4	82,2	85,3	86,8	82,7	83,5	85,6	87,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,3	10,2	10,9	11,4	12,1	10,2	11,0	11,4	12,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 997	2 909	2 938	2 925	2 914	2 804	2 800	2 798	2 794
* Beschäftigte	1 000	407	398	401	400	399	382	379	377	375
* Arbeiter 2)	1 000	299	289	291	291	290	273	271	270	268
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 676	42 799	44 601	43 705	45 601	38 299	38 256	41 324	37 139
Löhne und Gehälter	Mill. DM	669	733	684	705	730	664	701	712	752
* Löhne	Mill. DM	434	465	437	453	479	408	429	439	469
* Gehälter	Mill. DM	235	268	247	252	251	256	272	273	283
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	74	88	107	88	91	68	76	72	68
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	92	95	86	93	100	101	110	99	98
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	1	2	2	2	2	2	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	91	93	84	91	98	99	109	98	97
* Heizölverbrauch	1 000 t	216	190	201	189	184	189	198	179	159
* leichtes Heizöl	1 000 t	39	32	39	33	32	39	39	36	28
* schweres Heizöl	1 000 t	177	158	162	156	152	150	159	143	131
* Stromverbrauch	Mill. kWh	871	917	968	946	989	800	851	812	769
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	283	293	325	286	322	267	274	239	225
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 125	3 622	3 668	3 633	3 734	3 420	3 411	3 683	3 329
* Auslandsumsatz	Mill. DM	757	1 065	1 154	1 084	1 065	1 074	1 016	1 140	1 034
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	122	120	122	130	126	111	114 ^p	113 ^p	115 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	124	122	125	131	126	115	118 ^p	117 ^p	115 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	123	121	124	131	126	113	116	115	114
Energiewirtschaft	1970 = 100	138	147	155	149	141	166	170 ^p	148 ^p	152 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	127	125	129	137	132	113	112	117	107
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	112	100	98	115	117	70	82	97	106
Chemische Industrie	1970 = 100	131	129	141	143	133	121	116	118	100
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	121	118	128	123	115	125	120	132
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	115	124	123	138	125	107	108	116	135
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	120	111	124	119	115	110	113	109	107
Schuhindustrie	1970 = 100	80	72	81	73	70	83	82	71	62
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1970 = 100	120	125	117	131	124	115	116	110	116
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	109	104	125	125	86	90	94	111
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	97	94	95	.	.	.	89	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	134	142	119	.	.	.	122	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	234	226	266	186	144	293
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 454	1 650	1 784	1 590	1 667	1 479
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	517	650	686	534	569	542
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 155	1 231	1 347	1 229	1 231	1 213
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	133	141	144	140	131	185	190	157	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	133	141	144	140	131	185	190	158	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	87 137	79 639	80 789	81 562	81 328	69 856	70 104	70 198	69 200
Facharbeiter	Anzahl	48 502	44 458	45 070	45 759	45 739	39 125	39 412	39 467	38 874
Fachwerker und Werker	Anzahl	23 651	20 312	20 765	20 949	20 866	16 270	16 222	16 385	16 241
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 311	11 151	10 722	12 282	12 921	8 284	8 245	9 985	9 662
Privater Bau	1 000	7 271	6 407	6 411	7 106	7 429	4 675	4 468	5 415	5 240
Wohnungsbau	1 000	4 935	4 361	4 427	4 902	5 185	2 961	3 022	3 725	3 553
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	94	82	65	59	108	75	48	75	82
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 242	1 964	1 919	2 145	2 136	1 639	1 398	1 615	1 605
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 040	4 744	4 311	5 176	5 492	3 609	3 777	4 570	4 422
Hochbau	1 000	1 142	1 105	1 034	1 240	1 309	872	984	1 081	977
Tiefbau	1 000	3 898	3 639	3 277	3 936	4 183	2 737	2 793	3 489	3 445
Straßenbau	1 000	1 836	1 727	1 467	1 759	1 971	1 235	1 237	1 561	1 580
Löhne und Gehälter	Mill. DM	139	138	118	136	153	108	109	125	128
* Löhne	Mill. DM	124	122	103	121	138	93	94	110	113
* Gehälter	Mill. DM	15	16	15	15	15	15	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	347	381	314	350	364	251	268	281	268

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ungerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1975 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1974				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 418	1 090	1 036	1 243	1 228	753	1 010	950	871
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 282	1 026	970	1 186	1 178	713	962	920	831
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 627	1 173	1 089	1 232	1 251	865	1 097	934	867
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	267	210	191	220	220	160	211	174	162
* Wohnfläche	1 000 qm	281	194	179	203	201	134	181	150	135
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	268	212	174	197	176	151	213	192	231
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 128	827	601	549	687	562	1 192	666	757
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	141	127	115	72	79	60	180	99	122
* Nutzfläche	1 000 qm	201	148	122	102	119	82	228	127	136
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	3 282	2 200	1 986	2 181	2 179	1 634	2 141	1 715	1 473
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	132	139	.	.	141	134	.	.	134
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	201	211	.	.	213	207	.	.	212
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	208	219	.	.	222	213	.	.	221
Leichttrennwand	1962 = 100	213	225	.	.	228	228	.	.	237
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	190	201	.	.	205	191	.	.	192
Beton für Wände	1962 = 100	197	203	.	.	207	195	.	.	199
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	147	167	.	.	168	170	.	.	169
Innenwandputz	1962 = 100	222	242	.	.	248	232	.	.	239
Deckenputz	1962 = 100	214	234	.	.	238	229	.	.	236
Außenwandputz	1962 = 100	230	248	.	.	251	247	.	.	254
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	189	207	.	.	208	208	.	.	218
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	202	221	.	.	221	224	.	.	226
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	866,8	1 179,7	1 256,4	1 200,7	1 268,9	1 201,7	1 100,4
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41,4	49,0	47,4	48,1	55,8	41,4	46,8
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	825,5	1 130,7	1 209,0	1 152,6	1 213,2	1 160,2	1 053,5
* Rohstoffe	Mill. DM	11,5	12,3	13,1	12,9	14,6	10,6	9,9
* Halbwaren	Mill. DM	44,8	72,7	110,8	72,1	80,0	66,6	62,1
* Fertigwaren	Mill. DM	769,1	1 045,7	1 085,0	1 063,5	1 118,6	1 082,9	981,6
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	280,2	406,9	419,2	414,3	436,6	300,9	315,7
* Enderzeugnisse	Mill. DM	488,9	638,9	665,8	649,3	681,9	782,0	665,9
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Ländern	Mill. DM	402,3	453,8	599,8	564,1	595,0	457,6
Frankreich	Mill. DM	133,1	164,7	175,9	180,5	205,5	147,7	139,0
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	60,8	76,6	85,2	85,0	84,3	76,2	73,3
Niederlande	Mill. DM	69,3	94,5	124,6	96,5	90,1	80,4	94,0
Italien	Mill. DM	73,6	96,7	119,9	106,2	106,0	75,2	60,4
Großbritannien	Mill. DM	46,6	67,9	66,3	67,4	80,5	54,3	48,4
Republik Irland	Mill. DM	2,6	3,2	3,2	6,4	3,9	1,8
Dänemark	Mill. DM	18,8	20,7	24,8	22,1	24,7	22,1	16,2
Österreich	Mill. DM	35,8	40,9	43,1	41,1	44,7	39,4	39,5
Schweiz	Mill. DM	46,1	56,7	64,9	56,1	58,6	50,5	40,6
USA und Kanada	Mill. DM	54,9	60,9	52,0	53,5	62,3	52,9
Entwicklungsländer	Mill. DM	133,0	219,6	190,8	204,7	222,9	333,9
Ostblockländer	Mill. DM	48,1	74,6	76,7	66,9	62,0	106,6
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	522,7	725,0	697,3	703,1	799,0	661,5	647,9
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	103,1	113,9	114,4	121,3	138,5	112,8	104,1
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	419,7	611,1	583,0	581,8	660,5	548,6	543,8
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	106	107	105	105	103 ^r	104	103	...
* Umsatz	1970 = 100	135	144	140	149	146	128 ^r	153	158	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	130	155	134	147	147	135 ^r	165	164	...
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	139	144	143	149	151	137 ^r	155	156	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	133	139	134	157	139	101	146	152	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	150	159	168	167	155	142	178	177	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	137	151	136	131	134	124	141	144	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	117	107	118	126	125	97 ^r	124	146	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	97	101	104	93	99	99
Teilbeschäftigte	1970 = 100	115	119	111	115	124	118	119	117
* Umsatz	1970 = 100	116	121	113	129	141	113 ^r	118	135
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	120	124	104	135	151	102 ^r	115	148
Gaststättengewerbe	1970 = 100	116	118	120	125	133	120	119	126
Fremdenverkehr									
in 291 Berichtsgemeinden									
* Fremdenmeldungen	1 000	256	257	155	244	317	124	181	223
* Auslandsgäste	1 000	49	45	18	35	50	15	23	33
* Fremdenübernachtungen	1 000	998	1 004	605	928	1 146	485	720	872
* Auslandsgäste	1 000	122	112	45	81	105	34	57	75
Verkehr									
Binnenschifffahrt									
Güterumschlag	1 000 t	3 143	2 870	2 944	3 121	3 397	2 316	2 529	...
* Gütereingang	1 000 t	1 677	1 548	1 575	1 625	1 771	1 277	1 394	...
* Güterversand	1 000 t	1 466	1 322	1 369	1 496	1 626	1 039	1 135	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre									
Bergverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	3 649	3 243	3 646	3 518	4 140	2 641	3 168	2 687
Ladung	1 000 t	2 679	2 667	2 799	2 648	3 119	2 333	2 451	2 316
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	72	79	76	74	71	83	73	82
Talverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	4 140	3 726	4 331	3 869	4 722	2 976	3 575	3 150
Ladung	1 000 t	1 323	1 470	1 645	1 405	1 638	1 278	1 407	1 335
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	70	78	72	70	69	84	72	84
Straßenverkehr									
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 174	9 242	11 718	12 433	12 220	10 078	12 867	15 161
Krafträder und Motorroller	Anzahl	212	188	286	435	394	214	294	410
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 899	8 045	10 211	10 845	10 885	9 007	11 471	13 500
* Lastkraftwagen	Anzahl	580	425	549	534	529	339	407	501
Zugmaschinen	Anzahl	406	363	602	521	335	457	612	666
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	481	264	565	669	752	285	545	615
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen									
Beförderte Personen	1 000	29 796	30 811	31 809	28 229	31 320	31 324	30 259	33 029
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	24 734	25 307	26 143	23 671	24 778	25 887	25 196	26 824
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 549	4 982	5 288	4 190	5 756	5 138	4 713	5 790
Berufsverkehr	1 000	1 017	1 038	1 004	991	1 074	782	1 064	934
Gelegenheitsverkehr	1 000	514	522	378	368	786	299	350	415
Ausflugsfahrten	1 000	103	103	67	80	161	53	72	83
Ferienziel - Reisen	1 000	3	4	1	3	4	1	2	4
Mietwagenverkehr	1 000	408	415	310	285	621	245	276	328
Wagenkilometer	1 000	12 996	13 369	12 425	11 971	15 955	12 031	11 437	13 905
Straßenverkehrsunfälle									
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	7 256	6 772	6 343	6 690	7 256	5 451	6 455	6 666
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 802	1 672	1 525	1 735	1 914	1 302	1 504	1 631
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	5 454	5 100	4 818	4 955	5 342	4 149	4 954	5 035
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	4 832	3 872	3 714	3 835	4 071	2 997	3 637	3 729
* Getötete Personen	Anzahl	1 215	1 228	1 104	1 120	1 271	1 152	1 314	1 306
Pkw - Insassen	Anzahl	90	80	59	69	95	62	73	64
Fußgänger	Anzahl	46	39	23	39	55	33	41	35
* Verletzte Personen	Anzahl	23	23	19	15	17	17	18	12
Pkw - Insassen	Anzahl	2 559	2 317	2 136	2 447	2 676	1 800	2 180	2 222
Fußgänger	Anzahl	1 652	1 429	1 350	1 478	1 595	1 148	1 502	1 297
Schwerverletzte	Anzahl	318	292	283	302	295	237	238	277
Pkw - Insassen	Anzahl	854	770	710	809	877	558	635	708
Fußgänger	Anzahl	490	422	386	412	469	302	388	348
	Anzahl	155	142	142	163	129	135	109	117
Bundespost									
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	41 755	40 733	54 436	42 877	42 447	34 950	34 643	41 515
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 079	992	1 093	1 011	906	825	980	964
Telegramme	1 000	36	32	31	34	37	24	27	30
Postscheckverkehr									
Gutschriften	1 000 DM	1252 762	1362 283	1265 736	1357 167	1474 268	1266 965	1243 262	1565 295
Lastschriften	1 000 DM	1253 489	1360 432	1269 916	1379 010	1480 173	1246 161	1222 222	1595 908
Postsparkassendienst									
Einzahlungen	1 000 DM	23 330	25 396	23 151	25 066	24 390	28 877	25 787	33 087
Auszahlungen	1 000 DM	30 567	33 130	32 093	36 042	33 248	29 296	30 549	38 232
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)									
Tonrundfunk	1 000	1 115	1 124	1 119	1 117	1 118	1 126	1 127	1 128
Fernsehrundfunk	1 000	1 001	1 014	1 007	1 005	1 007	1 018	1 020	1 020

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	29 977	32 378	30 042	29 929	30 042	32 487	32 792	32 748	33 111
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	29 811	32 122	29 849	29 728	29 843	32 211	32 486	32 448	32 807
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 607	8 116	7 831	7 630	7 460	8 033	8 199	8 018	8 027
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 430	7 838	7 602	7 395	7 275	7 715	7 799	7 663	7 658
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	176	278	229	234	185	317	400	355	369
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 395	3 536	3 035	3 066	3 178	3 476	3 438	3 388	3 367
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 999	2 853	2 682	2 702	2 759	2 814	2 800	2 750	2 731
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	395	683	353	364	419	662	638	638	636
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 810	20 470	18 984	19 032	19 204	20 703	20 849	21 042	21 414
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 121	15 258	14 237	14 258	14 351	15 418	15 563	15 740	15 931
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 689	5 212	4 747	4 773	4 853	5 284	5 286	5 302	5 483
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	25 273	27 652	25 235	25 561	25 966	28 387	28 207	28 212	28 714
* Sichteinlagen	Mill. DM	3 804	4 082	3 547	3 561	3 630	3 904	3 944	4 104	4 370
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 416	3 707	3 263	3 292	3 329	3 631	3 693	3 816	3 967
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	389	375	284	269	301	274	251	288	403
* Termingelder	Mill. DM	6 757	7 166	6 932	7 209	7 477	7 682	7 192	6 510	6 394
* Spareinlagen	Mill. DM	14 711	16 404	14 756	14 790	14 859	16 801	17 072	17 599	17 950
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 861	9 847	8 878	8 896	8 939	10 029	10 147	10 378	10 565
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	778	884	779	770	758	942	1 025	1 389	1 029
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	725	745	796	735	689	722	755	863	679
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	22	31	39	20	33	28	24	32	37
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	18 079	24 823	102 983	11 760	14 560	16 562	3 004	10 359	69 671
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	2	1	-	2	-	3	3	2
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 604	1 738	1 819	1 697	1 822	1 211	1 223	1 253	1 356
* Wechselsumme	1 000 DM	5 008	6 977	8 055	7 533	10 063	4 337	5 131	4 478	5 307
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	614 781	674 043	740 911	390 744	561 770	681 210	696 205	429 946	551 566
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	431 750	477 786	558 347	209 800	366 528	458 055	522 435	207 255	359 536
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	264 818	309 591	192 416	184 143	351 700	411 398	162 708	160 114	325 612
* Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	39 883	48 692	-	-	124 598	187 882	-	-	141 752
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 542	105 011	249 450	19 611	- 7 368	19 399	242 300	34 973	- 1 337
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 869	8 522	4 377	3 443	1 608	4 170	4 336	4 021	1 884
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	56 522	54 662	112 104	2 603	20 588	23 088	113 091	8 147	33 377
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	7 244	6 416	-	-	13 396	18 695	-	-	28 711
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	183 031	196 257	182 564	180 944	195 242	223 155	173 770	222 691	192 030
* Umsatzsteuer	1 000 DM	137 107	134 388	107 844	130 158	139 448	173 272	124 556	143 097	140 593
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	45 924	61 869	74 720	50 786	55 794	49 883	49 214	79 594	51 437
* Bundessteuern	1 000 DM	100 046	95 256	94 224	83 105	85 387	101 602	95 000	105 144	81 189
* Zölle	1 000 DM	6 949	7 057	8 418	3 481	9 003	6 439	5 873	10 752	6 098
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	83 209	78 046	71 377	74 731	70 835	91 155	83 385	92 779	73 548
* Landessteuern	1 000 DM	49 828	47 872	27 103	39 614	67 018	58 655	38 564	44 424	65 271
* Vermögensteuer	1 000 DM	12 766	9 917	- 13 687	2 460	28 252	26 066	1 349	1 738	26 478
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	25 607	26 077	30 334	27 546	26 412	22 916	26 985	32 536	25 405
* Biersteuer	1 000 DM	6 294	6 168	5 266	5 369	6 900	5 161	4 781	5 126	6 277
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	328 243	352 175	322 072
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 608	8 370	4 847
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	37 647	39 194	29 896
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	237 996	255 166	235 108
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	19 219	21 916	22 538
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	424 982	446 346	458 927	327 716	373 367	440 719	436 824	370 826	357 579
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	190 160	209 871	248 243	90 638	159 161	198 891	232 842	89 968	157 068
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	119 869	124 979	115 758	114 423	123 295	138 360	107 740	138 073	119 061
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	662	39 550	5 524	1 866	1 242	37 641	261
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	343 212	367 272	362 033	259 611	332 427	365 277	360 195	267 047	321 023
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	189 374	208 573	248 109	89 825	158 103	198 264	232 335	89 726	155 914
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹⁰⁾	1 000 DM	89 104	94 587	86 159	90 622	101 782	106 492	88 054	95 256	99 577
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	662	39 550	5 524	1 866	1 242	37 641	261
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	390 518	433 467	393 926
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹¹⁾	1 000 DM	148 511	158 493	145 289
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	151 759	177 966	161 673

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs- AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	344	377	.	378	.	.	.	394	.
* Männliche Arbeiter	DM	375	407	.	409	.	.	.	423	.
* Facharbeiter	DM	397	432	.	435	.	.	.	450	.
* Angelernte Arbeiter	DM	364	393	.	396	.	.	.	404	.
* Hilfsarbeiter	DM	317	338	.	336	.	.	.	343	.
* Weibliche Arbeiter	DM	228	258	.	255	.	.	.	276	.
* Hilfsarbeiter	DM	215	246	.	245	.	.	.	261	.
Bruttostundenverdienste	DM	7,96	8,91	.	8,88	.	.	.	9,57	.
* Männliche Arbeiter	DM	8,50	9,48	.	9,43	.	.	.	10,11	.
* Facharbeiter	DM	8,98	10,01	.	9,97	.	.	.	10,68	.
* Angelernte Arbeiter	DM	8,25	9,18	.	9,18	.	.	.	9,74	.
* Hilfsarbeiter	DM	7,23	7,93	.	7,79	.	.	.	8,29	.
* Weibliche Arbeiter	DM	5,75	6,54	.	6,49	.	.	.	7,13	.
* Hilfsarbeiter	DM	5,41	6,22	.	6,19	.	.	.	6,80	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,0	42,1	.	42,6	.	.	.	41,2	.
* Männliche Arbeiter	Std.	44,1	42,9	.	43,4	.	.	.	41,8	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,5	.	39,2	.	.	.	38,7	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 971	2 194	.	2 184	.	.	.	2 363	.
* männlich	DM	1 744	1 939	.	1 930	.	.	.	2 104	.
* weiblich	DM	2 105	2 313	.	2 304	.	.	.	2 488	.
Technische Angestellte	DM	1 345	1 521	.	1 512	.	.	.	1 661	.
* männlich	DM	2 223	2 474	.	2 461	.	.	.	2 637	.
* weiblich	DM	2 271	2 526	.	2 512	.	.	.	2 690	.
im Handel, Kredit und Versicherungs-	DM	1 510	1 704	.	1 699	.	.	.	1 846	.
runger	DM	1 341	1 498	.	1 484	.	.	.	1 617	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 319	1 481	.	1 468	.	.	.	1 603	.
* männlich	DM	1 711	1 889	.	1 877	.	.	.	2 029	.
* weiblich	DM	1 021	1 181	.	1 161	.	.	.	1 281	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 674	1 886	.	1 878	.	.	.	2 035	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 481	1 668	.	1 659	.	.	.	1 808	.
* männlich	DM	1 880	2 086	.	2 076	.	.	.	2 241	.
* weiblich	DM	1 131	1 304	.	1 290	.	.	.	1 418	.
Technische Angestellte	DM	2 191	2 431	.	2 417	.	.	.	2 584	.
* männlich	DM	2 239	2 486	.	2 470	.	.	.	2 645	.
* weiblich	DM	1 482	1 663	.	1 661	.	.	.	1 755	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)										
Pflichtmitglieder	1 000	1 111	1 111	1 114	1 112	1 113	1 106	1 106	1 107	1 105
Rentner	1 000	677	669	673	671	671	660	659	659	657
	1 000	370	377	376	376	377	382	383	383	384
Krankenstand der Pflichtmitglieder										
Männer	%	5,6	5,4	6,4	5,9	5,2	6,2	6,4	4,6	4,8
Frauen	%	5,7	5,1	6,4	5,9	5,4	6,3	6,4	4,7	4,9
	%	5,3	5,3	6,4	5,8	5,2	6,3	6,6	4,5	4,9
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	409 369	420 313	417 843	416 937	414 928	426 883	428 681	429 405	430 727
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	150 244	173 007	163 026	161 222	159 344	182 696	184 406	184 234	185 162
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 176	26 206	25 663	20 635	18 803	57 882	55 406	54 697	48 792
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 155	23 618	23 255	18 506	16 750	52 032	48 513	47 461	41 709
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	149	146	147	.	.	.	144	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	40 965	45 747	43 951	43 890	43 880	47 781	47 540	47 114	47 805

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkassen, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 976	62 054 ^p	62 089	62 075	62 059
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 884	31 427 ^p	22 065 ^p	32 739 ^p	30 340 ^p	26 563 ^p	23 045 ^p	30 698 ^p	28 313 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 969	52 198 ^p	48 488 ^p	53 492 ^p	53 295 ^p	51 608 ^p	47 909 ^p	50 974 ^p	53 351 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 919	60 625 ^p	58 227 ^p	65 695 ^p	61 797 ^p	66 869 ^p	71 932 ^p	65 293 ^p	61 605 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 7 950	- 8 428 ^p	- 9 739 ^p	-12 203 ^p	- 8 502 ^p	-15 261 ^p	-24 023 ^p	-14 319 ^p	- 8 254 ^p
Arbeitslose	1 000	273	582	620	562	517	1 154	1 184	1 114	1 087
Männer	1 000	150	325	379	329	281	719	747	692	648
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 452	20 213	.	.	21 363	.	.	.	21 107 ^p
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	290	313	271	301	327	331	297	301	341
Milcherzeugung	1 000 t	1 772	1 792	1 654	1 961	2 036	1 689	1 637	1 962	1 994
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 368	8 144	8 252	8 232	8 210	7 819	7 768	7 722	7 681
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	929	870	882	910	903	807	780	771	834
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55 578	62 500	57 248	63 901	62 924	58 316	57 217	59 584	63 079
Auslandumsatz	Mill. DM	11 936	15 097	13 790	15 944	15 108	13 788	13 635	14 120	14 864
Produktionsindex (von Kalendernunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	113	112	113	115	119	97	103	109	103 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	112	115	116	119	98	105	110	104 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	112	110	112	113	117	94	101	107	101 ^p
Energiewirtschaft	1970 = 100	140	151	163	160	145	173	177	174	158 ^p
Bergbau	1970 = 100	92	91	97	97	91	93	93	92	92 ^p
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	113	111	113	114	118	94	101	107	101 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	116	116	118	119	125	95	102	102	102 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	110	107	110	111	113	90	98	108	101 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	112	108	112	116	118	94	103	111	98 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	112	114	108	109	117	105	108	114	106 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	110	105	91	103	117	71	77	89	92 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 112	7 907	7 805	8 300	7 656	8 558	7 868	7 764	8 723
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 888	10 504	10 150	10 654	9 629	12 131	10 446	11 139	10 171
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 069	3 356	3 190	3 561	3 235	3 311	2 700	2 616	2 661
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 127	4 388	4 162	4 689	4 174	4 212	3 552	3 472	3 662
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 059	3 301	3 210	3 592	3 255	3 054	2 697	2 584	2 764
Stromerzeugung	Mill. kWh	24 916	...	26 005	27 825	24 563	28 076	26 084 ^p
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 933	3 978	3 967	4 266	3 942	4 138	3 774 ^p	3 930 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 508	1 352	1 338	1 376	1 386	1 188	1 154	1 159	1 182
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	196	173	149	172	189	132	123	129	158
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 445	6 280	4 412	5 173	5 309	5 027	4 317	4 469	4 852
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	54 910	34 775	27 803	36 961	36 506	22 086
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	131	139	112	135	140	130 ^p	129 ^p	123 ^p	144 ^p
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	128	146	132	147	149	138 ^p	134 ^p	138 ^p	144 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	166	173	149	171	174	163 ^p	110 ^p
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	12 120	14 975	12 363	15 080	14 761	13 792	14 252	14 091	16 883
Ausfuhr	Mill. DM	14 873	19 205	17 436	19 711	19 339	17 398	17 746	17 538	19 693
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	2 753	4 230	5 073	4 631	4 578	3 606	3 494	3 447	2 809

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	98	103	102	104	102	99	91	77	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	102	105	102	103	109
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	108	117	122	122	126
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	102	100	100	100	105	107	94	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	107	108	117	111	104	112	120
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	47 429	51 524	44 962	46 224	46 586	49 831	50 361	51 142	51 568 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	756 976	814 886	760 397	762 534	765 773	811 470	812 465	818 920	819 262 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	631 587	672 294	632 825	637 099	637 979	666 582	665 706	670 606	667 895 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	125 389	142 592	127 572	125 435	127 794	144 888	146 759	148 314	151 367 ^P
Einlagen von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	592 618	637 091	592 786	589 866	594 409	628 534	632 196	634 136	635 964 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	280 486	310 733	281 722	281 687	282 373	312 770	316 473	321 344	329 872 ^P
Index der Aktienkurse	29.12.72 = 100	95,6	81,5	85,5	83,6	85,8	83,8	88,8	94,6	97,9
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	70,8	64,2	68,1	64,3	63,2	69,6	69,8	69,8	69,6
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	8 385	9 311	5 451	11 635	5 461	9 285	5 642	11 224	5 098
Lohnsteuer	Mill. DM	5 105	5 997	4 596	4 109	4 679	7 450	4 704	3 996	4 121
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 152	4 326	5 189	2 625	4 046	5 062	4 985	4 059	4 087
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 938	2 779	3 505	2 402	2 488	3 666	3 255	2 619	2 584
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 812	2 794	2 748	2 652	1 558	1 358	2 785	2 485	1 503
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,8	...	119,6	118,0	114,5	118,6	120,5	121,7 ^P	123,8 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	139,8	...	143,0	143,5	143,0	149,9	150,5	150,5	151,5
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	114,1	129,4	125,1	126,7	127,9	134,6	134,6	134,6	135,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	187,1	200,8	193,9	.	.	.	203,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	130,9	143,5	139,2	.	.	.	145,4	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	118,8	127,1	124,8	125,2	125,9	131,3	132,0	132,6	133,6
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	118,0	123,6	121,8	122,3	123,4	126,5	127,1	127,7	129,3
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	120,7	129,7	126,2	127,3	128,5	134,3	135,0	135,3	135,5
Wohnungsmiete	1970 = 100	119,2	125,1	123,2	123,8	124,2	128,2	129,3	130,6	132,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	128,2	149,8	156,1	150,1	143,5	158,8	157,8	158,0	159,1
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	114,3	123,1	119,8	120,8	121,4	129,4	130,2	130,2	130,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	122,6	134,9	129,9	131,1	133,6	139,6	140,8	142,1	142,8
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	121,6	131,8	127,2	128,2	129,7	137,4	138,6	139,3	140,1
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	113,7	123,4	119,9	120,7	121,7	128,2	129,1	129,5	129,8
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	117,8	124,4	122,7	123,2	123,4	126,9	128,0	128,1	128,3
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	118,2	126,3	123,8	124,3	125,2	130,5	131,2	131,9	132,9
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	129,1	139,0	.	.	138,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	134,1	146,8	.	.	145,8
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	133,2	146,5	.	.	145,8
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	135,7	151,2	.	.	150,0
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	95,0	.	.	95,4
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,8	97,1	.	.	97,2

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubearbeitungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Baulandverkäufe 1974 rückläufig

Im Jahre 1974 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 12 371 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 13,4 Mill. qm und einem Verkaufswert von 332 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Kauffälle um 7,9% ab, die umgesetzte Fläche um 13% und der erzielte Verkaufserlös um 15%. Flächenmäßig erheblich geringere Umsätze als 1973 wurden vornehmlich für Rohbauland und Industrieland errechnet (jeweils — 31%), danach folgte baureifes Land mit — 18%. Hingegen konnten kräftige Ausweitungen bei den Freiflächen (+ 232%) und beim Land für Verkehrszwecke (+ 77%) beobachtet werden. Unter den einzelnen Baulandarten erwiesen sich dabei abermals baureifes Land und Rohbauland, für die Flächen von 6,49 Mill. qm bzw. 3,22 Mill. qm ermittelt wurden, als mit Abstand am bedeutendsten. Die Darstellung der Baulandverkäufe nach einzelnen Baugebieten weist als Schwerpunkte das Wohngebiet in offener Bauweise und das Dorfgebiet aus; auf diese entfielen 54 bzw. 40% aller Kauffälle und 47 bzw. 42% der umgesetzten Fläche. Die Aufgliederung der Baulandverkäufe nach Gemeindegrößenklassen ergab, daß 44% aller Kauffälle in Kleingemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern registriert wurden, wobei der Anteil an der umgesetzten Fläche 41%, an der Kaufsumme jedoch nur ein Fünftel ausmachte.

Erstmals seit 1962 verminderte sich der durchschnittliche Verkaufswert von Bauland gegenüber dem Vorjahr, und zwar um 2,4% auf 24,71 DM je Quadratmeter. Baureifes Land verzeichnete im Landesdurchschnitt einen Wertrückgang um 0,6% auf 28,43 DM. Rohbauland verteuerte sich dagegen um fast ein Viertel und erzielte einen durchschnittlichen Preis von 30,92 DM. Der erstmals über dem Verkaufswert für baureifes Land liegende Quadratmeterpreis für Rohbauland erklärt sich durch den zunehmenden Verkauf von unerschlossenen Grundstücken in der Nähe von Großstädten. Für baureifes Land, das in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern durchschnittlich 15,40 DM je Quadratmeter erbrachte, erhöhte sich der Preis mit ansteigender Gemeindegrößenklasse und belief sich in Großstädten auf durchschnittlich 86,91 DM. Reichlich die Hälfte aller Baulandverkäufe entfiel auf die Preisgruppen zwischen 5 und 25 DM je qm. Am stärksten besetzt von den insgesamt 20 ermittelten Preisgruppen war diejenige von 10 bis 15 DM mit einem Anteil von 15%. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 145

Themen der letzten Hefte**Heft 1/Januar 1975**

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1974
Weinausbau und Weinabsatz 1972
1%-Wohnungss Stichprobe 1972
Wohngeldzahlungen 1973
Anstalten
Ausländer

Heft 2/Februar 1975

Volksentscheide am 19. 1. 1975
Index der industriellen Nettoproduktion
Zahlungsschwierigkeiten 1974
Regionale Einzelhandelsumsätze 1972
Allgemeinbildende Schulen 1974/75
Meldepflichtige Krankheiten 1974

Heft 3/März 1975

Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern
Geburtenhäufigkeit
Bauhauptgewerbe 1974
Handwerk 1962 - 1974
Jahresverdienste 1972 und 1973

Heft 4/April 1975

Landtagswahl am 9. März 1975
Berufsbildende Schulen 1974/75
Berufsfach- und Fachschulausbildung
Weibliche Bevölkerung
Vermögenswirksames Sparen 1971
Öffentliche Tiefbauaufträge

Heft 5/Mai 1975

Straßenverkehrsunfälle 1974
Industrie 1974
Hochschulausbildung
Landwirtschaftliche Pachtverhältnisse

Heft 6/Juni 1975

Bevölkerungsentwicklung 1974
Steueraufkommen 1974
Sozialhilfe 1964 - 1974
Regionaler Wohnungsbau 1968 - 1973
Schuhindustrie 1950 - 1974

Themen der nächsten Hefte

Ernteaussichten 1975
Kreislaufkrankheiten
Studien- und Berufswünsche der Abiturienten
Regionale Einkommensstruktur
Kriegsopferfürsorge 1964 - 1974

Daß das Statistische Landesamt jährlich auch ein Verzeichnis der Krankenhäuser herausgibt, haben Sie möglicherweise nicht gewußt.

Das bisher letzte ist gerade erschienen. Es enthält Namen, Anschrift, Fernsprechnummer, Art, Kostenträger, Namen des Chefarztes, Zweckbestimmung und Bettenzahl aller in Rheinland-Pfalz gelegenen Krankenhäuser, außerdem bei den Allgemeinen Krankenhäusern alle vorhandenen abgegrenzten Fachabteilungen. Das Verzeichnis ist 24 Seiten stark, hat DIN A4-Format und kostet 2,50 DM zuzüglich Versandkosten.

Hier ein Auszug:

Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Name des Krankenhauses	Post- leit- zahl	Anschrift Fernsprechnummer	Art	Kostenträger Name des Chefarztes	Zweckbestimmung Fachabteilung	Betten	
							ins- ge- samt	dar- in plan- mäßig
175	noch: Kreisfreie Stadt Mainz St. Hildegardis- Krankenhaus	6500	Mainz, Hildegardstr. 2 Tel. (06131) 1471	f	Genossenschaft der Schwestern von der Göttlichen Vorsehung, Mainz Dr. med. Sommer	Allgemeines Krankenhaus mit abgegr. Fachabteilungen (18) für Innere Krankheiten Chirurgie Gynäkologie u. Geburtshilfe Hals-, Nasen-, Ohrenkrankh. Tuberkulose vorwiegend für Erwachsene	391	39
176	St. Vincenz- u. Elisabeth-Hospital	6500	Mainz 1, Am Fort Elisabeth 1 Tel. (06131) 56145	f	Freigemeinnützige Stiftung verliehenen privaten Rechts Dr. med. Severin	Allgemeines Krankenhaus mit abgegr. Fachabteilungen (18) für Innere Krankheiten Chirurgie Gynäkologie u. Geburtshilfe Hals-, Nasen-, Ohrenkrankh. Augenkrankheiten	102 103 82 20	1 1
177	St. Rochus-Krankenhaus	6500	Mainz-Mombach, Emrichstr. 33 Tel. (06131) 681056	f	Genossenschaft der Schwestern von der Göttlichen Vorsehung, Mainz Dr. med. Götz	Allgemeines Krankenhaus mit abgegr. Fachabteilungen (19) für Chirurgie Gynäkologie u. Geburtshilfe Hals-, Nasen-, Ohrenkrankh.	84 360	84
178	Kreisfreie Stadt Neustadt a.d. Weinstr. Städt. Krankenhaus "Hetzelstift"	6730	Neustadt a.d. Weinstr., Stiftstr. 10 Tel. (06321) 859-1	8	Stadt Neustadt a.d. Weinstr. Med. Dir. Prof. Dr. med. Tilling	Allgemeines Krankenhaus mit abgegr. Fachabteilungen (18) für Innere Krankheiten Infektionskrankheiten vorwiegend für Erwachsene Chirurgie Urologie Gynäkologie u. Geburtshilfe Hals-, Nasen-, Ohrenkrankh. Anaesthesie	108 129 80 20 23 11	
179	Privatklinik Dr. Jaeth	6730	Neustadt a.d. Weinstr., Waldstr. 60 Tel. (06321) 2537	P	Dr. med. Jaeth, Neustadt a.d. Weinstr.	Krankenhaus für innere Krankheiten (21)		
180	Privatklinik Dr. Schmidt	6730	Neustadt a.d. Weinstr., Pfalzgrafenstr. 20 Tel. (06321) 84183	P	Dr. med. Schmidt, Neustadt a.d. Weinstr.	Krankenhaus für innere Krankheiten (21)		
		6730	Neustadt a.d. Weinstr., Weinbergstr. 8 Tel. (06321) 2827, 2867	P	Dr. med. Zwingmann, Neustadt a.d. Weinstr.	Gynäkologisches u. geburtsh. Krankenhaus (53)		
						Allgemeines Krankenhaus mit abgegr. Fachabtei- lungen		